

Verlegt und vertrieben, mit dem Walle, Gohlisberg, Dresden.

Verlag: Dresden. Einzelnenpreis: Die 100. Ausgabe...

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Nebstblatt der Sächsischen Volkszeitung

Unserem Bischof zur glücklichen Heimkehr

Ueber die Wogen des weiten Ozeans, getragen von den rafflos stutenden Wellen des warmen Golfstroms...

Anerkennung gedenken, einst werden spätere Geschlechter, wenn ihnen die Frucht solch reicher Aussaat wonnig entgegenlacht...



Nach einer Zeichnung von Prof. Jants, Dresden

träftigt hat. Tausende katholischer Herzen Sachsens senden heute ihren heißesten Willkommenruch zum Gestade des deutschen Meeres...

leere Worte waren, die der Bischof nach seiner Weihe als Wahlspruch und Lebensprogramm unter sein Wappen schrieb: „In caritate Dei“ — „In der Liebe Christi“.

Wir, die Zeugen solcher Erfolge, hatten freudigen Herzens der nahenden Heimkehr des Bischofs. Wohl wußten wir ihn nach seiner eigenen Botschaft auf fernem apostolischen Pfaden, von vielen geehrt und umjubelt.

Darum preisen wir dankbar den Schöpfer, der uns unseren guten Bischof wiedergegeben, nachdem er ihn so gnädig beschirmt und zu solch schwerem Werte huldreich ge-

SWESSEN

mehr im Tage...

Sein Vater, der...

Wäffersche...

erleben

einigung" (S...

es gewagt, et...

Drehstern...

Die große allgemeinpolitische Debatte im Reichstag

Stresemann gegen die Deutschnationalen — Stegerwald und Wirth über den Geist der Demokratie — Prügelei zwischen Sozialisten und Kommunisten

Der Reichstag beriet gestern in dritter Lesung den Etat für 1928. Die Beratung führte zu einer großen allgemeinen politischen Aussprache, in der neben dem Reichsaußenminister die Abg. Stegerwald und Dr. Wirth das Wort ergriffen. Die Debatte konnte aber nicht zu Ende geführt werden, da wegen des Antritts-Antrages, der im Zusammenhang mit dem Justizetat beraten wurde, eine wüthende Schlägerei zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten stattfand, die zum Abbruch der Sitzung führte.

Im Laufe der gestrigen Reichstagsführung führte Abg. Graf Westarp (Din.) aus, die Vervollständigung des Arbeitsprogramms sei eine neue Sachlage, doch nur eine Einigung der Mitte mit den Deutschnationalen, nicht eine mit der Sozialdemokratie, beste Regierungsergebnisse und fruchtbringende Arbeit gewährleisten kann. Auf weiten Gebieten haben wir den nach unserer Ansicht erreichbaren Fortschritt nicht durchziehen können, weil wir nicht allein die Mehrheit haben. Das gilt besonders für die auswärtige Politik. Auch wir würden die friedliche Verständigung mit Frankreich, die wir aber nicht durchführen können. Daraus ist zu sehen, daß heute nicht mehr der alte Geist der Demokratie, die es ist, heute nicht mehr möglich ist. Die Erörterung der letzten Monate der Außenpolitik müssen eine Mahnung sein, endlich Illusionen und Selbstenttäuschungen aufzugeben. Der Redner bezieht dann die innere Politik und verweist auf die sozialpolitischen Leistungen der Regierung. Sie war auch die erste Regierung, die das Schulgesetz in Angriff genommen hat, Koalitionen- und parteipolitische Hindernisse haben den Entwurf zum Scheitern gebracht. In der Wahlbewegung wird die Reformbedürftigkeit der Weimarer Verfassung eine hervorragende Rolle spielen. Dem Gedanken persönlicher Verantwortung und Verantwortung muß wieder Geltung verschafft werden.

Graf Westarp schließt unter dem lächelnden Beifall der Deutschnationalen. Wir freuen uns über die klare und klare Kompromittage des sozialdemokratischen Redners. Wir werden diesen Kampf entschlossen aufnehmen.

Abg. Dr. Stegerwald (Ztr.)

Erkennt an, daß seitens der Regierung in den letzten Jahren eine Reihe von Akten geleistet worden sei. Die deutsche Wirtschaft habe ihren Platz in der Weltwirtschaft wieder erlangt. Das in der Justizreform verarbeitete Schlichtungs- und Lohnempfehlungs-Verfahren sei wenigstens die Lebensmöglichkeit wiederhergestellt worden. Deutschland habe heute die beste Sozialversicherung der Welt. Neben der staatlichen Sozialpolitik sei aber eine soziale Staatspolitik notwendig. So dürfen nicht an die Stelle der abgeschwundenen Landesfürsten unbeschränkte Industriebetriebe treten.

Stegerwald sprach dann die Forderung aus, alle Bürger Bürger des demokratischen Staates müßten sich als Garanten dieses Staates als Garanten der Demokratie fühlen. Es sei nicht, wenn man ihn, Stegerwald als einen Gegner der Demokratie hinstelle. Er sei auch kein Gegner Dr. Wirths. In Dr. Wirth seien stränge lebendig, die für die deutsche Stellung in der Welt und für den inneren Staatsaufbau von fundamentaler Bedeutung sind. Die Gegenseite liegt nicht im Ziele, sondern in der Methode, und in dem Tempo des Vorgehens. Dr. Wirth habe in den letzten Jahren vielfach an solchen Platz und manchmal auch in der letzten Front gekämpft. Weil er die politischen Aufgaben mit seinen politischen Freunden im einzelnen behandle, wenn er in Zentrumsversammlungen rede, bei der Zentrumsmitgliederversammlung, und mit der christlichen Arbeiterklasse enger Verbindung stehe, dann werde er dem deutschen Volk größere Dienste leisten als in den letzten Jahren.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

Graf Westarp weist mit vollem Recht darauf hin, daß die Reichsaussenminister seit im Völkervertrag nicht so gewohnt, wie wir es wünschen. Aber bilden Sie doch bitte auf die Rechte der Weimarer Republik des Völkervertrages in Oberbegriffen mit Herr Colander. Niemand wird von der politischen Seite mehr angegriffen als Herr Colander. Man mag sogar, ihn als beständig Agenten zu beschreiben. In der ganzen Frage Oberbegriffen haben Sie recht, das Schlichtungsverfahren ist unbefriedigend anzusehen. Die Frage unterliegt meiner Meinung nach, gar keinem Zweifel, daß die ganz klaren Bestimmungen des Genèver Abkommens über Elterntreu oder nicht beachtet worden sind. Auch auf anderen Gebieten ist sehr viel zu wünschen übrig.

Graf Westarp, glauben Sie denn, daß weniger zu wünschen übriggeblieben wäre, wenn wie nicht im Völkervertrag wären? Glauben Sie mir, in dem Begriff der psychologischen Atmosphäre unter den Völkern bedarf ein Impediment, das mir in allen Zeiten leider allzu sehr vernachlässigt haben. (Zehr richtig!)

Glauben Sie mir, Graf Westarp, die Widerstände, die ich gegen die Fortschritte in dem Verhältnis der Völker untereinander aufzählern haben, wie Sie z. B. in der Frage der Rückgabe des deutschen Eigentums zu verzeichnen waren, wären wieder nicht zu überwinden gewesen, wenn diese Atmosphäre unter den Völkern nicht vorhanden gewesen wäre. Die Aufmerksamkeit in diesem Hause über den unbefriedigenden Charakter des Ertrages ist berechtigt. Sollen Sie aber, wenn auf einem langen Wege ein ganz naturgemäßer Stillstand oder gar ein Rückschritt eingetreten ist, an diesem Wege überhaupt verzweifeln?

In Bezug auf die Frage der Abrüstung möchte ich hier betonen: es ist eine vollkommen abwegige Auffassung, wenn meine gestrige Rede vor der ausländischen Presse so aufgefaßt worden sein sollte, als ob uns ein Mißerfolg der Abrüstung ermüdet hätte. Unter Ziel muß sein die Abrüstung aller Völker. Es ist ganz falsch, auf dem Wege zu diesem Ziel irgendwelche dem Eindruck erwecken zu lassen, als sei uns die Abrüstung die Hauptsache. Für eine graduelle Abrüstung, für die wir einstehen, sind alle Voraussetzungen gegeben. Wir werden die Verwirklichung haben, die Frage nunmehr an die Völkerverständigung zu bringen. Alle Voraussetzungen dazu sind gegeben. Wenn man sagt, man könne eine Abrüstung nicht von heute auf morgen machen, so sind zehn Jahre keine Zeitpanne, die man so bezichtigen könne. Man hat ja, als man uns abrüstete, auch nicht gesagt, daß das nicht von heute auf morgen geschehen könne, sondern man hat uns getrieben. Wenn wir in dieser Frage bei dem Völkervertrag Stellung nehmen, so darf es aber nicht eine Stellungnahme sein, bei der wir uns die Unterdrückung anderer Nationen nicht mehr erlauben könnten, als wenn wir den Eindruck empfangen ließen, daß uns die Abrüstung wünschenswerter sei als die Abrüstung. Graf Westarp sagt, daß das Recht, die Abrüstung zu verlangen, uns bekräftigen sei. Ich weise darauf hin, daß der erste Vertreter

Frankreichs in der Abrüstungskommission es als das moralische und juristische Recht Deutschlands offiziell anerkannt hat. Dieses Wort bezieht sich auf uns. Lassen Sie mich in Bezug auf das, was Dr. Scholz von der großen Linie der Außenpolitik sprach und zu dem, was Graf Westarp über die Verschiedenheiten der Auffassung von der Entwicklung sagte, in dieser Stunde etwas Persönliches sagen. Die Außenminister mögen wechseln — das liegt in Ihrer Hand, Sie haben das völkerrechtliche Recht — aber ich kann nur sagen: nach den beinahe fünfjährigen Erfahrungen, während ich verantwortlich auf diesem Posten stehe, bin ich überzeugt, daß keine andere Politik zu führen ist als die, die wir bisher geführt haben. Ich kann nicht in Aussicht stellen, daß ich diese Politik ändern würde, die die einzig mögliche und einzig richtige ist, die uns zu dem Ende führen kann, daß wir alle miteinander wünschen. (Beifall.)

Ich möchte die Gelegenheit benutzen, dem Hören Hause einen Gedankenentwurf anzuführen, dessen Erledigung die Regierung noch vor der Auflösung des Reichstages wünscht, den Gegenentwurf über das Verbot des Waffenhandels nach China. Der Gegenentwurf ist im Auswärtigen Ausschusse bereits besprochen, und die gemeinsame Ansicht aller Parteien geht dahin, daß die Regierung alles tun soll, um deutsche Waffenlieferungen nach China zu verhindern. Es hat sich aber gezeigt, daß wir ohne ein Gesetz dabei nicht auskommen. Die Regierung hat zunächst versucht, diesen Waffenhandel nach China durch Vereinbarungen einzuschränken, die wir mit dem Ostasiatischen Verein in Hamburg und dem Verband deutscher Redner abgeschlossen haben. Bis zu einem gewissen Grade ist eine Eindämmung auch gelungen, aber auch nur bis zu einem gewissen Grade. Inzwischen hat sich der Waffenhandel nach China neue, indirekte Wege eröffnet, die unserer Jagd entzogen sind, solange nicht gesetzliche Handhaben dagegen geschaffen sind. Wir sind uns darüber klar, daß eine völlige Verhinderung des Waffenhandels nach China nicht möglich ist, wenn nicht alle Staaten Maßnahmen gegen die Waffenfabrikation oder den Waffenhandel nach China ergreifen, soweit sie das noch nicht getan haben. Schließlich wird es ja wohl zu einer internationalen Lösung auch dieser Frage kommen. Wir unterzogen uns bereit, daran mitzuarbeiten, wollen aber nicht darauf warten, bis der schwerfällige Apparat der internationalen Verständigung tätig wird, sondern wollen durch ein deutsches Gesetz, wenigstens was die deutschen Reichsangehörigen angeht, die Waffenlieferungen verhindern.

Bei dieser Gelegenheit muß ich auch eine Annahme entgegenstellen, die im Ausland weit verbreitet zu sein scheint und die auch in einem Worte des britischen Außenministers in seiner gestrigen Erklärung vor dem Unterhaus wiederkehrt. Es ist nicht zutreffend, daß Deutschland einer der hauptsächlichsten Waffenlieferanten nach China ist. Nicht alle Waffen, die in China als deutsche Einfuhr erscheinen, kommen aus Deutschland. Zum Teil kommen sie auch aus anderen Ländern und sind nur den Transitweg durch Deutschland gegangen.

Auch solche Verschiffungen werden in Zukunft unmöglich sein, wenn der Reichstag, wie ich hoffe, dem Gegenentwurf der Regierung seine Zustimmung geben wird. Das Gesetz selbst wird dem Hören Hause sofort zugehen, nachdem es, was ich nicht zweifle, die Zustimmung des Reichsrates gefunden hat.

Das noch auf die Darlegungen des Grafen Westarp eingehen, die er heute in seiner Rede gemacht hat. Ich bin dem Grafen Westarp sehr dankbar für den sachlichen Ton seiner Ausführungen.

Wenn er aber mit der Feststellung einverstanden sein würde, daß das Fiasco unserer Außenpolitik allgemein anerkannt sei, so kann das doch aus dem Munde des Führers der größten Regierungspartei etwas seltsam. (Zehr richtig! bei der Mehrheit.)

Er hat darauf hingewiesen, daß sich die deutschnationale Partei — wenn ich keine Ausführungen richtig verstanden habe — in einer gewissen Zwangslage befinden habe. Er hat noch einmal wiederholt, daß die Zustimmung der Deutschnationalen zu den Grundfragen der deutschen Außenpolitik, die gegeben seien durch den Eintritt Deutschlands in den Völkervertrag, nicht eine nachträgliche Billigung dieser Vorgänge in sich schließt. Dieser Erklärung gegenüber muß ich doch auf die Regierungserklärung verweisen, die Reichsaussenminister Dr. Marx abgegeben hat, als die Regierung sich bildete, und in der er als das gemeinsame Ziel aller Regierungsparteien hinstellte, die bisherige Außenpolitik fortzuführen.

Ich will Ihnen (nach rechts) doch das Eine sagen: Wenn Sie der Meinung sind, daß die Außenpolitik, die in der Koalition geführt wurde, dem nicht entspricht, hat, was haben Sie denn getan, um die Methode zu ändern? (Zehr wahr! links.)

Graf Westarp sagt, Sie hätten zu der Durchsicht Ihrer Ansichten nicht die Mehrheit gehabt. Ich habe auch nicht die Mehrheit gehabt (Heiterkeit). Wenn es nur an mir gelegen hätte, daß Sie (nach rechts) Ihre Außenpolitik nicht durchziehen konnten, dann hätten Sie doch dem Außenminister eine andere Perspektive in der Außenpolitik eröffnen sollen. Sind Sie etwa der Ansicht, daß die Verhältnisse besser geworden wären, wenn wir nicht in den Völkervertrag eingetreten wären? Ich glaube nicht! Gemäß der französischen Ministerpräsident hat gesprochen von der Ruhrpolitik und seine Ruhrpolitik verteidigt, insbesondere auch mit finanziellen Argumenten. Er hat auch gesagt, daß es die Ruhrfrage gewesen sei, die zur Verständigung über den Dawesplan geführt haben. Es ist gar kein Zweifel, daß diese psychologischen Betrachtungen vollkommener richtig sind. Denn nichts hat der Verständigung mehr geschadet als die unflüchtige Ruhrpolitik. (Zehr Zustimmung.) Ich möchte sagen, daß die politische Entwicklung nach rechts und die Abkehr von der Verständigungspolitik durch nichts mehr gefördert worden ist. Was hat es aber für einen Zweck, in der Gegenwart von der Vergangenheit zu sprechen. Darum hat wohl auch Polard davon gesprochen, daß in diesem Europa alle, auch die Neutralen, die Ruinen fortzuräumen hätten, die der Krieg gebracht hätte. Er hat sich auch ganz präzis bereit erklärt, zu einer Annäherung und Verständigung auf intellektuellem und moralischem Gebiete zwischen allen Völkern Europas. Ich halte dies die wichtigste Konklusion der ganzen Rede zu sein, die der französische Ministerpräsident gehalten hat.

Abg. Dr. Wirth (Ztr.)

bekräftigte diese Aussprache, die nicht bloß Wahlagitierung, sondern ernste Auseinandersetzungen über die politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Faktoren in unserem Volke. Es ist von einer kapitalistischen Weltanschauung gesprochen worden. Wenn es eine kapitalistische Weltanschauung gibt, wenn dieses Fieberwort, das über Menschen und Völker hinweggegangen ist, das uns unter dem unheimlichen Druck der kapitalistischen Weltmächte den Verfall des Volkes auferzwungen hat, wenn dieses System des Kapitalismus das Wesen und den Sinn unseres Lebens bedeuere würde, dann wäre wahrhaftig das Leben nicht wert, gelebt zu werden; der Kapitalismus kann uns keine Weltanschauung geben. Der Kapitalismus konzentriert schließlich

gegenüber den die Staaten und Nationen aufstrebenden Tendenzen des Kapitalismus, habe ich mich im Reichstagen bemüht, die Massen zu gewinnen zur Liebe zum Staat zu wahren, die Wahrung des Bürgertums, das sich in diesem Staat nicht die ersten Massen der Finnen als die aus den anderen Lagern haben. (Lärm u. Zurufe rechts.)

Ich halte es für eine der größten Aufgaben, daß wir die Arbeitermassen, die am alten Staate verzweifeln, davon überzeugen, daß sie auch am neuen verzweifeln.

Das Wesen politischer Arbeit ist vielmehr, daß sie den Staat als Instrument eines politischen, sozialen und kulturellen Fortschritts benutze. Wir stehen noch in den Kinderjahren der demokratischen Staates. Somit wäre es unmöglich gewesen, es heute Graf Westarp in seiner Rede die Richtlinien und Methoden der Reichsregierung nicht nur widerlegt, sondern jagt, daß die Deutschnationalen nur auf diesem Wege mit einer gewissen Unsicherheit den Zugang zur Regierung erreichen könnten. (Lärm und Zurufe rechts.) Das Wesen der Demokratie hebt uns auf, wenn man die Verantwortung für die Politik schuldet, die man selbst mitgemacht hat. Wir haben für die oft sehr unpopuläre Politik, die wir in den ersten Nachkriegsjahren machen mußten, die volle Verantwortung getragen. (Lärm rechts.)

Wir mühten um, die ersten Reparationszahlungen leisten zu können, die Arbeiterklasse mit einem empfindlichen Lohnabzug belasten, die Beschlüsse aller Richtungen dieses Lohnabzugs zugestimmt haben, darin liegt die sittliche Größe der Arbeiterklasse. Die Beschlüsse, die ärmsten Schichten unserer Volks, haben uns in dieser schwierigen Zeit mehr geholfen, als die Bekleidenden, die Bildung und Selbst nur für sich in Anspruch nehmen. (Beifall links u. i. d. Mitte, Lärm rechts.) Minister Frey

mann, der von der Rechten kam, hat gesagt, daß eine andere als die von uns eingeleitete Politik gar nicht möglich war. Wir müssen endlich zu dem klaren Verhältnis kommen: Es ist keine Lösung — hier Opposition! Wer in eine Regierung eintritt und gewisse Vorbehalten macht, der muß sie mitbedenken in der ersten Kabinettsitzung ansprechen. Die Auseinandersetzung, die die heute zwischen Graf Westarp und Dr. Stresemann geführt werden hätte in der ersten Sitzung des Reichstages geklärt werden müssen. Meine Oppositionsstellung gegen die Reichsregierung ist durch die heutige Rede des Grafen Westarp vollkommen gerechtfertigt worden. Ich habe mit dieser Oppositionsstellung das Risiko übernommen, dem nächsten Reichstag im Rahmen des Zentrums nicht anzugehören. Die Zentrumspartei, der ich angehört, hat schon gegen Bismarck die demokratischen Prinzipien verteidigt. Sie hat dem neuen demokratischen Staat so abtätig gedient. (Lärm rechts.) Ich habe mich geirrt, als Dr. Stegerwald in seiner heutigen Rede endlich das Wort sprach, das ich von keinem Lippen so gern höre, daß auch er und die im nachstehenden christlichen Gemäßigten Garantien der großen demokratischen Staates sein wollen. Dieses Wort, zur richtigen Stunde gesprochen, ist ein wertvolles Attribut der Politik. (Lärm rechts.) Ich Lärm ändert nichts daran, daß die Rede der Reaktion bei den kommenden Wahlen vollständig überwunden wird. (Zehr Beifall links u. i. d. Mitte. — Lärm und Zurufe rechts.)

In der Einzelberatung des Justizetat mandie für Abg. Dr. Kahl (D. Sp.) best. gegen einen Artikel des deutschen nationalen Abgeordneten v. Freytag v. Loringhoven in der schlechten Tagesp. über die Veranlassung zur Scheidungsreform. In dem Artikel ist davon die Rede, daß der Beschwörer einer solchen Reform einen Ehelichschleier an die Stelle der Ehe legen wollte. Gegen diese bewusste Stellung der Wahrheit müßte schärfste Verwahrung eingelegt werden. Der Artikel sei ein abschreckendes Beispiel, wie ein Wahlkampf unter anfänglichen und rituellen Segenswörtern geführt werden dürfe. Zentrum, Bayerische Volkspartei und Wirtschaftliche Vereinigung die Gegner der Ehelichschleierreform seien, hätten diesen Kampf stets in anständiger und sachlicher Weise geführt. Der Artikel des deutschnationalen Abgeordneten v. Freytag-Loringhoven aber sei demselben als Vorbehalt der Rechtsanschauung sich dadurch nicht verhalten fühlen. Alle Wähler müßten sich ihre Kandidaten daraufhin ansehen, ob sie den primitivsten Anforderungen an einen ritterlichen, anständigen Wahlkampf genügen.

Es wurde dann über den Annette-Kaufmann verhandelt, der im Rechtsausschuß bekanntlich abgelehnt worden ist. In der Aussprache über diesen Antrag hielt der Kommunist Hölle ein wütende Schimpfrede gegen die Sozialdemokraten. Der sozialdemokratische Abgeordnete Van der Weide erwiderte, er empfand diese Angriffe als annehmbar in der Rückschau gegenüber den vielen Unrechtheiten, denen die Sozialdemokraten in den letzten Tagen von Seiten der Kommunisten ausgeliefert gewesen seien. Diese Worte riefen die Kommunisten zum höchsten Schrei; der Kommunist Jodsch griff zum Schimpfreden wütend an, worauf ein wildes Handgemenge entstand. Diese Prügelei dauerte mehrere Minuten lang. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter trat auf den Kommunisten Verh mit einem Spucknapf. Der Spucknapf stieß in Scherben und Verh mußte blutend fröhlich aus dem Saale geführt werden. Der sozialdemokratische Abgeordnete Moses wollte dem Abg. Verh die erste ärztliche Hilfe leisten, dieser erklärte jedoch, er wolle lieber verbleiben, als von einem Sozialdemokraten behandelt sein. Statt dessen ließ er sich von dem deutschnationalen Abg. Dr. Haeblermann verbinden.

Der Ministerpräsident Eller habe sofort bei Beginn der Sondersitzung die Sitzung unterbrochen. Auf Verlangen der Reichstagsverwaltung wurde der Abg. Jodsch von der Sitzung ausgeschlossen. Da der Abgeordnete Jodsch den Saal nicht verlassen wollte, wurde die Sitzung aufs neue unterbrochen werden. Die Beratungen wurden auf Freitag 10 Uhr vertagt.

Klage gegen das bayerische Wahlgesetz

Die Parteiliste der Demokratischen Partei in Bayern hat beim Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches Klage wegen des bayerischen Wahlgesetzes gestellt. Die Klage wird darauf gestützt, daß das Gesetz mit den in der Reichsverfassung gelegten Grundsätzen über die Gleichheit des Wahlrechts nicht im Einklang stehe.

Annahme des Arbeitsschutzgesetzes im Reichsrat

Berlin, 20. Okt. Im Reichsrat gab es gestern längere Erörterungen über das Arbeitsschutzgesetz, das in namentlicher Abstimmung mit 61 gegen 5 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen angenommen wurde.

Die heutige Nummer enthält das St. Venno-Blatt, das Sonntagsblatt für die Dörfer Kreise.

Handels- u. Wirtschafts-Zeitung

Tariferhöhungsbeschluss der Reichsbahn

Ein Communiqué des Verwaltungsrats.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft, der vom 26. bis 28. März tagte, gibt folgendes Communiqué heraus.

Was auch bei den vorigen Sitzungen stand die finanzielle Lage im Vordergrund der Beratungen. Der Ausgleich der Ausgaben durch die Einnahmen macht immer größere Schwierigkeiten. Die Einnahmen auf den Personenkilometer sind durch Tarifermäßigungen von 5,08 Prozent im Jahre 1924 auf 4,44 Pfg. im Jahre 1927 zurückgegangen. Bei einem allgemeinen Preisindex von 150 Prozent gegen 1913 betragen heute bei der Reichsbahn die Einnahmen für den Personenkilometer nur 123 Prozent und für den Gütertonnenkilometer nur 132 Prozent der Einnahmen von 1913. Die Belastung der Gesellschaft dagegen ist seit Beginn des Geschäftsjahres 1927 um 575 Millionen Reichsmark gestiegen, wovon auf Reparationszahlungen 120 Millionen, auf Dividende für Vorkursaktien 15 Millionen und auf Löhne und Gehälter 450 Millionen R.-M. entfallen.

Die Erhöhung der Ausgaben je Kopf des Personals bemessen nach der neuen Gehalts- und Lohnregelung für die Beamten 184 Prozent, für die Arbeiter pro Arbeitsstunde 200 Prozent der Sätze von 1913. Dazu kommt die außerordentliche Belastung der Reichsbahn mit Ruhegehaltern, die von 114 Millionen im 1913 auf 500 Millionen im 1927 gestiegen sind. Die künftige Verkehrsentwicklung seit Mitte 1926 und die seit Ende 1927 durchgeführte Einschränkung der Belastungen für Unterhaltung und Verbesserung der Anlage unter ein auf die Dauer erträgliches Maß hat es ermöglicht, bisher von einer Tarifierhöhung abzusehen. Die jetzige Drückelage der Unterhaltungs- und Verbesserungsarbeiten kann jedoch ohne dauernde Schuldenaufnahme des Unternehmens nur noch ganz kurze Zeit beibehalten werden. Eine wesentliche Vermehrung der Einnahmen durch den Generaldirektor eine besondere Kommission aus Fachbeamten eingesetzt. Der Ausschluss soll im engsten Zusammenhang mit der Kommission arbeiten, die im Auftrage der Hauptverwaltung seit dem Herbst vorigen Jahres unter dem Vorsitz des Präsidenten des Rechnungshofes und unter Beteiligung führender Wirtschaftler an der Prüfung der Organisation des Reichsbahnverkehrs arbeiten.

Der Verwaltungsrat beschloß folgende Sache mit den Vorschlägen des Reichsbahnzentralamts. Um Beschuldigungen über Unregelmäßigkeiten im Beschäftigungswesen soweit als möglich aufzuklären und abzustellen, ist im Einklang des bestehenden regelmäßigen Prüfungsverfahrens durch den Generaldirektor eine besondere Kommission aus Fachbeamten eingesetzt. Der Ausschluss soll im engsten Zusammenhang mit der Kommission arbeiten, die im Auftrage der Hauptverwaltung seit dem Herbst vorigen Jahres unter dem Vorsitz des Präsidenten des Rechnungshofes und unter Beteiligung führender Wirtschaftler an der Prüfung der Organisation des Reichsbahnverkehrs arbeiten.

Der Verwaltungsrat beschloß folgende Sache mit den Vorschlägen des Reichsbahnzentralamts. Um Beschuldigungen über Unregelmäßigkeiten im Beschäftigungswesen soweit als möglich aufzuklären und abzustellen, ist im Einklang des bestehenden regelmäßigen Prüfungsverfahrens durch den Generaldirektor eine besondere Kommission aus Fachbeamten eingesetzt. Der Ausschluss soll im engsten Zusammenhang mit der Kommission arbeiten, die im Auftrage der Hauptverwaltung seit dem Herbst vorigen Jahres unter dem Vorsitz des Präsidenten des Rechnungshofes und unter Beteiligung führender Wirtschaftler an der Prüfung der Organisation des Reichsbahnverkehrs arbeiten.

Der Verwaltungsrat beschloß folgende Sache mit den Vorschlägen des Reichsbahnzentralamts. Um Beschuldigungen über Unregelmäßigkeiten im Beschäftigungswesen soweit als möglich aufzuklären und abzustellen, ist im Einklang des bestehenden regelmäßigen Prüfungsverfahrens durch den Generaldirektor eine besondere Kommission aus Fachbeamten eingesetzt. Der Ausschluss soll im engsten Zusammenhang mit der Kommission arbeiten, die im Auftrage der Hauptverwaltung seit dem Herbst vorigen Jahres unter dem Vorsitz des Präsidenten des Rechnungshofes und unter Beteiligung führender Wirtschaftler an der Prüfung der Organisation des Reichsbahnverkehrs arbeiten.

Große ausländische Emissionsprojekte in New York. Die New Yorker Emissionshäuser bereiten, wie das „Wall Street Journal“ erzählt, zahlreiche inländische und ausländische Anleihen vor, darunter mehrere große Emissionsprojekte. Auch die Berliner Vertretungen der amerikanischen Banken befassten sich mit mehreren deutschen Anleiheprojekten. Zwei Partner eines bekannten Bankhauses sollen in Berlin zwei größere Anleihen arrangieren. An sonstigen großen ausländischen Anleiheprojekten werden eine 100-Mill.-Dollaranleihe für einen kanadischen amerikanischen Konzern und eine 20-Mill.-Dollaranleihe zugunsten der Tokio-Elektrizitätswerke genannt.

Stilleres New Yorker Börsengeschäft in deutschen Bonds. Das New Yorker Börsengeschäft in deutschen Staatsanleihen hatte im Februar einen empfindlichen Umsatzrückgang zu verzeichnen, der in der zweiten Hälfte des Monats mit einer leichten Kursabschwächung verbunden war. Der Gesamtumsatz an der Stock Exchange ging von 12,72 Mill. Dollar im Januar auf 8,68 Mill. Dollar zurück. Im Vergleich zum entsprechenden Monat des Vorjahres war der Umsatz allerdings mehr als doppelt so groß (4,18 Mill. Dollar). Den größten Umsatz hatten die letzte 50-Mill.-Dollaranleihe der Rentenkreditbank Kreditsanstalt, die Nordloyd-Anleihe und die 6proz. Siemens-Bonds aufzuweisen, wenn auch alle drei Anleihen in teilweise erheblich geringerem Umfang gehandelt wurden als im Vormonat.

Kauft bei unseren Inferenten!

Table with 2 columns: Dresdner Börse and Deutsche Staatspapiere. Lists various securities and their prices.

Die Investitionen bei den Budapest Elektrizitätswerken. — Bestellungen bei der Ganz Elektrizitäts A.-G. Die Budapest hauptstädtischen Elektrizitätswerke haben ein umfassendes Investitionsprogramm mit einem Kapitalbedarf von 64 Mill. Pengo ausgearbeitet. Dieses Programm soll bis 1933 durchgeführt werden. Zu Lasten dieses Programms wurden bereits 25 Mill. Pengo verausgabt. Im Laufe dieses Jahres sollen weitere 18,5 Mill. Pengo investiert werden. U. a. wird ein 2500-Kilowatt-Transformator mit den dazu gehörigen Bauteilen für insgesamt 10,2 Mill. Pengo angeschafft werden. In der Kelenfelder Anlage wird ein Transformator für 1,8 Mill. Pengo errichtet. Für neue Kabel werden 15 Mill. Pengo veranschlagt werden. Für kleinere Transformationsstationen werden 5 Mill. Pengo veranschlagt. Der Großteil der Bestellungen wurde an die Ganz Elektrizitäts A.-G. vergeben. Nach Durchführung der Investitionen wird das Kelenfelder Hauptwerk 361 Mill. Kilowattstunden erzeugen. Demnächst wird die Ganz Elektrizitäts A.-G. von den Staatsbahnen einen größeren Auftrag auf Lieferung von elektrischen Signalapparaten erhalten.

Deutscher Eisenhandel A.-G. — Erhöhte Dividende. — Sehr günstige Beschäftigung. Wie wir von gut unterrichteter Seite hören, wird der Aufsichtsrat der Gesellschaft in seiner morgigen Sitzung für das Geschäftsjahr 1927 eine Dividende von 6 Proz. (gegenüber 4 Proz. im Vorjahre) voraussichtlich beschließen. Das Unternehmen war im vergangenen Jahre gut beschäftigt und konnte seine sämtlichen Bankschulden abtragen. Die Liquidität der Bilanz hat sich gegenüber 1926 gebessert. Im laufenden Jahre sei der Geschäftsgang sehr günstig. Die Umsätze übertreffen jene des Vorjahres beträchtlich.

Gründung einer deutschen keramischen Fabrik in Polen. In Warschau wurde eine keramische Gesellschaft gegründet, die „Stella“ Keramische Werke A.-G. firmiert. Gründer sind die Stella keramische Werke A.-G. vorm. Wilisch in Breslau, im Aufsichtsrat des Unternehmens, das sich mit der Herstellung und dem Vertrieb von keramischen Erzeugnissen befasst wird, befindet sich der ehemalige polnische Finanzminister Hypolit Gdovicz. Das Stammkapital der „Stella“ beträgt 1 Million Zloty.

Berliner Produkten-Börse. Amliche Produktionsnotierungen. Berlin, 29. 3. 1928. Preise in Goldmark für Getreide u. Olsaaten p. 100 kg. rend p. 100 kg ab Station.

Table of grain prices in Berlin. Columns include Weizen, Roggen, Hafer, Gerste, etc. with prices in Goldmark.

Tendenzen: Weizen, Roggen, Gerste, behauptet — Hafer, Mais, Weizenmehl, Roggenmehl stetig — Weizenkleie, Roggenkleie, fest.

Handelserleichtliche Lieferungsbedingungen: Weizen: März 287,50 — Mai 273 — 273,50 u. Berlin — Juli 282 — 291,75 Roggen: März 276 — Mai 251 — Juli 266 — September 244 — 248. Hafer: März — — Mai 269 — 269,50 Geld — Jaa —

Berlin, 29. März. (Eigener Bericht.) Die steigenden Terminnotierungen Amerikas gläubt man hier hauptsächlich auf Wetterberichte und auf die dortigen Bestrebungen, die Weizenpreise im Hinblick auf die diesjährigen Präsidentschaftswahlen zu stützen, zurückzuführen zu dürfen. In den Citofertoren zeigen sich die des Poops vollkommen unverändert, obwohl sie gestern um 10 ct. erniedrigt waren. Alle anderen Citofertoren sind von druben erhöht, ohne hier erstemem Interesse zu begegnen. Das Inlandsangebot ist nicht groß, die heutigen Andienungen von Weizen waren unkontraktlich und das Gleiche war bei einem kleinen Teil der Roggenanmeldungen der Fall. Die Inlandsforderungen für Roggen waren fest, obwohl nach Polen nur noch vereinzelt Frage besteht, und auch sonst die Kaufkraft vorsichtig ist. Im Zeitgeschäft stellten sich die Preise bei geringem Geschäftsumfang etwas höher, Gerste blieb ruhig. Für Hafer sind die Forderungen hoch und unannehmlich, weshalb wenig Umsatz zustande kam. Mais hier still, vom Auslande fester, Weizenmehl vereinzelt etwas gefragt, für Roggenmehl ist die zweite Hand billiger als die Mühlen.

Junge Aktien. Dresden, 29. März. Schnellpressen —, Ver. Strohhalt —, Zollosst-Ver. 150, dgl. jüngste 138, Radob. Bier 167, —, Steatit Magenta —, Lingner —, Baumw. Zwickau 94, Industriewerke Plauen —, Zwick. Kammerg. 296, Polyphon 295, Ruscheweyh 119, 25.

Table of bank and paper stocks. Columns include Raubank, Dresdner Bauindustrie, Papier-, Papierstoff- und Photogr.-Artikel-Aktien, etc.

Table of machine and metal industry stocks. Columns include Maschin-fabrik- und Metall-industrie-Aktien, etc.

Getreide und Vieh in Chicago 29. 3. 28. 3.

Table of grain and livestock prices in Chicago. Columns include Weizen, Mais, Hafer, etc. with prices for different months.

Von Pfandbriefen wurden nach folgende einmündig Serien notiert: 4 Proz. Landw. Kreditbriefe Ser. 20 — 32 9,25 b.G., Ser. 36 3,5 G., Ser. 37 3,25 G.

Schuldverschreibungen industrieller Gesellschaften. 8 Proz. Aschaffenburger 95,8 G., 8 Proz. Hansa Lübeck 95,8 G., 4 1/2 Proz. Kieler Niehe 10 G., 10 Proz. Leipziger Niebock mit Option — G., do. ohne Option —, Br. 4 Proz. Plauenischer Lagerkeller 70 G., 5 Proz. Heidenauer 70 G., 4 Proz. Thode Papiere 10 G., Z. Ver. Bautzener 75,50 G., 5 Proz. Leuchtturm 77 G., Z. Ver. Hartmann 71,5 G., 4 1/2 Proz. Seidel und 77 G., 4 1/2 Proz. Hartmann 71,5 G., 4 1/2 Proz. Seidel und 77 G., 4 1/2 Proz. Sondermann u. Siler 70 — G., do. 8 Proz. — G., 4 1/2 Proz. Bayer. Elektr. W.-V. 9 G., 4 1/2 Proz. Große Berl. Straßenb. 10 G., 4 Proz. Sächs. Industr.-Bahn 80 G., 5 1/2 Proz. Baubank d. Res. Dresden 85 G., 5 Proz. Chem. v. Heyden 70 G., 5 Proz. Hartwig u. Vogel 82 G., 5 Proz. Hirsch-Tanwaren 10,5 G., 8 Proz. Paradieshof Steiner 94 G., 8 Proz. Ruscheweyh 96,8 Br., 8 Proz. Sonntag — Br., 8 Proz. Walther 88,00 —, G., 5 Proz. Zuckerfabrik Döbeln 2 G., 4 1/2 Proz. Zuckerfabr. Münsberg 11 G., Gebr. Loekemann 95 G., 4 1/2 Proz. Hahnenbräu Straßburg —, 5 Proz. Ver. Bieschke 67 G., 3 Proz. Mitteldeutsche Stahlwerke 92 G., Holzst. Niedersachsen —, G. Gorkauer 89 G., Sächsische Gußstahl Döhlen 80,75 Br.

Dresdner Terminnotierungen vom 29. März. Adca 143,25 G., Braubank 171 — 173,5 G., Commerzbk. 177,5 — 178 G., Darmstädter 237 — 238 G., Deutsche 163,5 G., Diskonto 154 G., Dresdner 160 G., Sächsische Bank 180 G., Bergmann 174 — 177 G.

Fortlaufende Notierungen: Ver. Photo 226 b.G.

Nichtamtliche Werte

Dresden, den 28. März. Bautzener Stanz- und Emailierwerk 21,—, Erzgebirgische Holzindustrie —, Frenzel u. Lein 74,75, Goldbach 45,—, Griebitz Waaren Vorzug 104,—, Stamm 74,5, Grumbach 22, Hamisch, C. T. 69 — 71, Janke u. Co —,—, Mahls u. Grasser 83,5, Münkner u. Co. 35,—, Nowack —,—, Pahnomen 72, sodaerbrauerei Zittau 176,5, Weißhäuser 19, Windschilden-Langejohlt —, Woldemar Schmidt 31,—, Oberlausitzer Zucker Vorz. 110.

Devisen-Kurse der Börse zu Berlin (in B.-M.)

Table of exchange rates for various countries and cities. Columns include Buenos Aires, Canada, Japan, etc.

Werte in 100 Reichsmark.

Table of glass factory stocks. Columns include Glasfabrik-Aktien, etc.

Table of various industry stocks. Columns include Verschied. Industrie-Aktien, etc.

AGNES WAGNER
CARL KREUTZER
VERLOBTE

SEMINARSTRASSE 13 AM SCHIESSHAUS 19
DRESDEN, PALMSONNTAG 1928

„Hausrat“
Gemeinnützige Möbelverförgung G. m. b. H.
Dresden-N., Neustädler Markt 8
Telef. 53220

Sorgfältige Beratung
Gediegene Möbel
Langfristige Teilzahlung
Rücksichtnahme auf
wirtschaftlich Bedrängte

STÄDTISCHES
Planetarium
im AUSSTELLUNGS-GELÄNDE
AN DER STÜBELALLEE

Vorföhrungen mit erläuterndem Vortrag:
täglich, auch Sonn- und Feiertags
um 16 Uhr
**Ostermond, die Zeit des
Fröhlingsfestes**
um 17½ Uhr
Der Himmel ferner Länder

Eintrittspreis:
Erwachsene R.M. 1.—, Kinder unter 14 Jahren R.M. 0.50

Visitenkarten
liefert geschmackvoll u. schnell
GERMANIA H.-G., Pollerstr. 17
Musterbuch liegt i. d. Geschäftsstelle aus

Preiswerte
Daunendecken
eigener Anfertigung
in sehr großer Auswahl

**Wollere
Schlafdecken**
in besonders weichen
molligen Qualitäten

**Bettwäsche
Mod. Tischdecken**
Prachtv. neue Muster

THIEL
Dresden, Viktoriastr. 13
Erstklass. Qualitäten
Niedrige Preise

Kathol. Gefellenverein Dresden-Neustadt
Sonntag, 1. April, abends 7/8 Uhr, im Gefellenhaus,
Küßlerstraße 4
Große Theateraufföhrung
„**Vom Verräter umgarn!**“
Mittelschauspiel in 5 Akten

Kath. Arbeiter-Verein, Dresden-N.
Sonntag, 1. 4. 1928 im Gefellenhaus, 8 Uhr abends
Bersammlung mit Vortrag
von Kaplan Pfeiffer

**Bertrerebersammlung
der Kath. Schulorganisation**
Sonntag, den 22. April 1928, nachm. 13.30 Uhr,
im Vereinszimmer, Dresden-Neustadt, Albertpl. 2/E.
(Eingang Rabenhorststraße).

Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstehenden
2. Generalsekretär Böhler, Düsseldorf:
Warum mühte das Reichsschulgesetz scheitern?
3. Dr. Kautz, Leiter der Organisationsabteilung der
K. Sch. D. Düsseldorf,
Wichtige Aufgaben der Elternräte.
4. Aussprache.
5. Kassenbericht und Entlastung des Kassierers.
6. Anträge und Verschiedenes.

Telefon 54380 Straßens. 5, 7, 14
Uhr **Tymians Thalla-Theater**
„**In Cotta blüht
der Flieder**“
Komische Operette in 3 Akten
mit
Paul Beckers
Herrliche Dekorationen!

Rennen
zu Dresden
Sonntag, 1. April
nachmittags 2½ Uhr
Flach- und Hindernisrennen
Sonderzüge zum Rennplatz ab Hauptbahnhof:
Am Sonntag 1.45 und 1.53
Sekretariat des Dresdener Rennvereins

Alle Familienanzeigen gehören in die
Sächsische Volkszeitung

Der
Oster-Hasse
hat sich ab
Freitag den 30. März bei uns
einquartiert und verteilt an artige Kinder
in Begleitung Erwachsener
schöne Geschenke
Kaufhaus Peine & Co.
Rehefelder Str. 10 DRESDEN-N. Rehefelder Str. 10

**Diwan-Decken
Tisch-Decken
Reise-Decken
Auto-Decken
Felle - Vorlagen**

Ernst Pietsch
Dresden, Moritzstraße 17
Besichtigen Sie meine Fenster!

Teppiche
Axminster von M. 48.— an
Smyrna von M. 45.— an
Bouclé von M. 40.— an
Velours von M. 77.— an

Brücken - Läufer

Große Auswahl Billigste Preise



In Gemeinschaft mit unserem großen Berliner Spezialhaus
kauften wir Riesenposten Damenkonfektion, wie Kostüme,
Mäntel, Kleider, Blusen, die wir für unseren Osterverkauf
zu sensationell billigen Preisen anbieten!

- Kleid mit Weiße aus reinw. Kasha, Bluse aus Crepe de Chine Mk **47.50**
- Kasha-Frauenmantel, halbbegüßtert Mk **39.50**
- Herrnstoß Frauenmantel, ganz auf K. Seide Mk **69.00**
- Herrnstoß Kostüm, reine Wolle, Jacke auf K. Seide Mk **39.50**
- Velourkleid mit Biesengarnierung Mk **19.75**
- Ripskleid, reine Wolle, auch in Frauen, größer Mk **26.50**
- Crepe de Chine Bluse mit langem Arm Mk **12.75**
- Backfischmützel, Herrenstoß mit Riegel Mk **24.50**
- Herrnstoß Kostüm, beste Verarbeitung, Ersatz f. Maß Mk **89.**

Goldmann
GRÖSSTES DAMENKONFEKTIONSHAUS AM PLATZE

die RICHTIGE MARKE !!!

Die augenblickliche Geldlage der Stadt sei Dank der...
 Die augenblickliche Geldlage der Stadt sei Dank der...
 Die augenblickliche Geldlage der Stadt sei Dank der...

Es ist mehrfach schon darauf hingewiesen worden, daß mit...
 Es ist mehrfach schon darauf hingewiesen worden, daß mit...
 Es ist mehrfach schon darauf hingewiesen worden, daß mit...

Nach diesen Ausführungen wurde die Unterbrechung...
 Nach diesen Ausführungen wurde die Unterbrechung...
 Nach diesen Ausführungen wurde die Unterbrechung...

Die Kirchenaustritte in Sachsen

Dresden, 30. März.

Dem Landtage ist von der Regierung eine vom Statistischen...
 Dem Landtage ist von der Regierung eine vom Statistischen...
 Dem Landtage ist von der Regierung eine vom Statistischen...

Wir werden auf dieses statistische Material, das die Stärke...
 Wir werden auf dieses statistische Material, das die Stärke...
 Wir werden auf dieses statistische Material, das die Stärke...

Katholische Hof- und Prospektstraße. Sonntag, 1. April...
 Katholische Hof- und Prospektstraße. Sonntag, 1. April...
 Katholische Hof- und Prospektstraße. Sonntag, 1. April...

Oberstudienrat Prof. Dr. Bohn, der 27 Jahre lang...
 Oberstudienrat Prof. Dr. Bohn, der 27 Jahre lang...
 Oberstudienrat Prof. Dr. Bohn, der 27 Jahre lang...

Geschäftserweiterung. Die Buchhandlung Paul...
 Geschäftserweiterung. Die Buchhandlung Paul...
 Geschäftserweiterung. Die Buchhandlung Paul...

In dem Neubaufall in der Stadtkanal. Mittwoch vormittag...
 In dem Neubaufall in der Stadtkanal. Mittwoch vormittag...
 In dem Neubaufall in der Stadtkanal. Mittwoch vormittag...

Der ratifizierte Grenzaustausch

St. N. N. Dresden, 30. März.

Die Ratifikationsunterschiede des sächsisch-thüringischen Staats...
 Die Ratifikationsunterschiede des sächsisch-thüringischen Staats...
 Die Ratifikationsunterschiede des sächsisch-thüringischen Staats...

Obermond im Planetarium. Im städtischen Planetarium...
 Obermond im Planetarium. Im städtischen Planetarium...
 Obermond im Planetarium. Im städtischen Planetarium...

40 000 Stück Zigaretten geklopft. In der vergangenen...
 40 000 Stück Zigaretten geklopft. In der vergangenen...
 40 000 Stück Zigaretten geklopft. In der vergangenen...

Leipzig und Umgebung

Die Beratung des Guts

Leipzig, 30. März.

In ihrer vorgestrigen Sitzung haben die Stadtverordneten mit...
 In ihrer vorgestrigen Sitzung haben die Stadtverordneten mit...
 In ihrer vorgestrigen Sitzung haben die Stadtverordneten mit...

Bekämpfung der Tuberkulose

Leipzig, 30. März.

Gestern abend wurde im städtischen Rathaus eine der Ver...
 Gestern abend wurde im städtischen Rathaus eine der Ver...
 Gestern abend wurde im städtischen Rathaus eine der Ver...

neus" vor geladenen Gästen vorgeführt. Man sah sich vor einem...
 neus" vor geladenen Gästen vorgeführt. Man sah sich vor einem...
 neus" vor geladenen Gästen vorgeführt. Man sah sich vor einem...

Ein 55 Jahre alter Inhabhaber. Ein 55 Jahre alter Inhabhaber...
 Ein 55 Jahre alter Inhabhaber. Ein 55 Jahre alter Inhabhaber...
 Ein 55 Jahre alter Inhabhaber. Ein 55 Jahre alter Inhabhaber...

Landesuniversität. Dem Professor Dr. Wienhaus ist...
 Landesuniversität. Dem Professor Dr. Wienhaus ist...
 Landesuniversität. Dem Professor Dr. Wienhaus ist...

Wieder einer aus der goldenen Kommodezeit. Das Große...
 Wieder einer aus der goldenen Kommodezeit. Das Große...
 Wieder einer aus der goldenen Kommodezeit. Das Große...

Die Feuerungsgebühr für Leipzig. Die auf der neuen...
 Die Feuerungsgebühr für Leipzig. Die auf der neuen...
 Die Feuerungsgebühr für Leipzig. Die auf der neuen...

Polizeiliche Vorschriften für Palmsonntag, Karfreitag und...
 Polizeiliche Vorschriften für Palmsonntag, Karfreitag und...
 Polizeiliche Vorschriften für Palmsonntag, Karfreitag und...

Die Tarifverhandlungen bei der Reichspost

Wie das Reichspostministerium mitteilt, sind die Tarif...
 Wie das Reichspostministerium mitteilt, sind die Tarif...
 Wie das Reichspostministerium mitteilt, sind die Tarif...

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsansichten: Vorwiegend wolke, schwache Regen...
 Witterungsansichten: Vorwiegend wolke, schwache Regen...
 Witterungsansichten: Vorwiegend wolke, schwache Regen...

Jeder soll zu Ostern wissen

beige-rosé, aparter Modell 1150
 haselnuß, echt L. XV.-Abs. 1250
 braun Boxkall, echt Good. ged. 1650
 braun Rindbox, weiß gedoppelt 1190

Lackspangenschuh in aparter Ausführung 890
 Lackspangenschuh mit Wildleder - Spange in grau, braun oder schw. L. XV.-Absatz 1090
 beige-rosé mauve, od. haselnuß feinfarb. Spangenschuh L. XV.-Abs. 1250

Lackhalbschuh f. Herr. weiß gedoppelt 1250
 Brauner Herren-Schnürstiefel, gut. Rindbox 16.90 1390
 Brauner Herren-Halbschuh, echt Boxkall 1850
 Brauner Herren-Schnürstiefel, echt Boxkall, Orig.-Goodyear-Weil 2250

Feinfarbige Kinderspangenschuhe, blond, beige, grau oder mauve. Größe 25/26 5.50, Größe 22/24 490

Für die Kommunion finden Sie bei uns das Richtige.

Tacke & Co. A-G
 Burgstr. 7/8

Verkaufsstelle
 Schuhwarenhaus G. m. b. H. Dresden, Johannstr. 21

Einmal wöch. Bezugspreis für April 3,00 Mfr. einchl. ...

Geschäftlicher Teil: Artur Lenz in Dresden.

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung ...

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung ...

Das Urteil im Barmat-Prozess

Verurteilung nur wegen Bestechung — kein Betrug nachgewiesen — Sechs Angeklagte freigesprochen

Berlin, 30. März.

Noch einmal haben sich Zuhörerraum und Presbyterie des großen Schwurgerichtssaals ...

„Ich komme zur Verkündung des Urteils“, beginnt der Vorsitzende bei atemloser Spannung aller Erschienenen.

I. Der Angeklagte Julius Barmat wird wegen aktiver Bestechung in zwei Fällen zu einer Gesamtstrafe von 11 Monaten Gefängnis verurteilt ...

II. Der Angeklagte Henry Barmat wird wegen aktiver Bestechung in einem Falle zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt ...

III. Der Angeklagte Dr. Hellwig wird wegen fortgesetzter einfacher passiver Bestechung zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt ...

IV. Der Angeklagte Walther wird wegen Vergehens gegen § 108 des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901 zu einer Geldstrafe von 200 Mark verurteilt ...

V. Der Angeklagte Stachel wird wegen eines Falles der fortgesetzten aktiven passiven Bestechung und wegen eines Falles der einfachen passiven Bestechung zu einer Gesamtstrafe von drei Monaten drei Tagen Gefängnis verurteilt ...

VI. Die Angeklagten Klenow, Lange, Heermann, Alfred Staub, Kabinowich, Hugo Staub und Hahlo werden freigesprochen.

VII. Folgende Geldbeträge und folgende Gegenstände oder deren Wert sind dem Staat zu verfallen:

1. Gegenüber dem Angeklagten Julius Barmat: 41.747,50 M.

2. Gegenüber dem Angeklagten Hellwig: a) 100 Zentner Kalkstein der Stadt Altenburg; b) 400 Stück Aktien der J. Roth u. Co., Berlin; c) 500 Stück Aktien der Eisen-Werke u. Co.

3. Gegenüber dem Angeklagten Stachel: a) ein Schrank; b) ein Grammophon; c) eine Uhr; d) fünf Stück Demar; e) 10 Stück Genussheine der Schubert u. Salzer u. Co.; f) 700 Mark.

VIII. Die Kosten des Verfahrens fallen, soweit Verurteilung erfolgt ist, den verurteilten Angeklagten, soweit Freisprechung erfolgt ist, der Staatskasse zur Last.

Nach Verlesung des Urteilstextes wandte sich Landgerichtsdirektor Dr. Neumann der auf vier bis fünf Stunden veranlassigten Urteilsbegründung zu.

Der allgemeine Teil der Urteilsbegründung

Wenn heute nach fast fünfvierteljahriger Verhandlung das Urteil verkündet wird, so ist sich das Gericht der ungewöhnlichen Schwierigkeiten, die in diesem Prozeß der Wahrheitsermittlung ...

Überwindung des staatlichen Zustandes der Inflation mit der Einführung einer stabilen Währung ...

Je mehr wir Abstand von jener trübten Zeit gewinnen, je mehr sich unsere wirtschaftlichen Verhältnisse konsolidieren und unter Begriffs- und Gefühlslieben geändert ...

Daneben hat aber auch die Schaffung einer sicheren Beweisgrundlage für den objektiven Tatbestand bedeutende Schwierigkeiten: ein Teil der Zeugen verlagte ganz, da ihm die Erinnerung an die Vorgänge des Jahres 1924 geschwunden war ...

Im weiteren Verlaufe der Donnerstagstagung führte Abg. Graf Westarp (Dn.) aus, die Vollendung des Arbeitsprogramms sei eine neue Befähigung dafür, daß nur eine Verbindung der Mitte mit den Deutschnationalen ...

Aufmarsch zum Wahlkampf

Stegerwald für das Zentrum

Im weiteren Verlaufe der Donnerstagstagung führte Abg. Graf Westarp (Dn.) aus, die Vollendung des Arbeitsprogramms sei eine neue Befähigung dafür, daß nur eine Verbindung der Mitte mit den Deutschnationalen ...

Dann sprach für das Zentrum der Abg. Stegerwald,

der folgendes ausführte: Wir stehen am Ende eines bedeutsamen Tagungsabschnittes. Dieser Reichstag hat in gut 3 Jahren großes geleistet. Er hat nachdrücklich an der Befriedung Europas gearbeitet ...

Das erste Kabinett Marx-Stresemann-Löcher griff im Zeitalter des Ermächtigungsgesetzes von Dezember 1923

Unfall, weil sie durch harte materielle Interessen mit dem Gegenstand ihrer Berechnung verbunden war. Allerdings lag eine in viele hundert gehende Fälle von Urkunden, also objektiven Beweismitteln vor! Bei ihnen ergab sich aber häufig die Schwierigkeit der Feststellung ihrer Verfasser ...

Bei Würdigung und Auswertung aller dieser Gesichtspunkte ergab sich, daß in großen Komplexen der Anklage die Möglichkeit einer zweifelhaften Tatsachenermittlung nicht mehr gegeben war ...

Die Verurteilung der Angeklagten ist ein wichtiger Schritt zur Wiederherstellung der Rechtsgerechtigkeit. Die Angeklagten sind freigesprochen, weil der Betrug nicht nachgewiesen werden konnte.

Aufmarsch zum Wahlkampf

Stegerwald für das Zentrum

Im weiteren Verlaufe der Donnerstagstagung führte Abg. Graf Westarp (Dn.) aus, die Vollendung des Arbeitsprogramms sei eine neue Befähigung dafür, daß nur eine Verbindung der Mitte mit den Deutschnationalen ...

Dann sprach für das Zentrum der Abg. Stegerwald,

der folgendes ausführte: Wir stehen am Ende eines bedeutsamen Tagungsabschnittes. Dieser Reichstag hat in gut 3 Jahren großes geleistet. Er hat nachdrücklich an der Befriedung Europas gearbeitet ...

Das erste Kabinett Marx-Stresemann-Löcher griff im Zeitalter des Ermächtigungsgesetzes von Dezember 1923

ng Kund... die fern... schlicht... Dr. W... der W... Kund... den d... nische... damit d... durch d... in Ende... fanische... abgehan... r Kathol... wird, daß... gerechte... nifferten... en.

Dienst am Volke wie die Politik im tiefsten Grunde Dienst am Volke ist. Die nächste Regierung

wird, ganz gleich wie sie zusammengesetzt sein mag, einer zielstrebigsten und planmäßigsten Landwirtschafts- und Bauernpolitik die größte Sorgfalt zuzuwenden haben. Der Anfang ist gemacht mit dem landwirtschaftlichen Notprogramm. Wenn das deutsche Volk kerngesund und gesund bleiben will, dann muß ein großer Teil desselben ständig mit den Naturoberflächen: Luft, Licht, Sonne und Erde, verbunden bleiben.

Aus diesem Grunde wird die Zentrumspartei alle Mittel und Wege prüfen, die geeignet sind, Deutschland ein gesundes, lebenskräftiges und lebensfrohes Bauernvolk zu erhalten. Ueber dieses Ziel gibt es in der Zentrumspartei nur eine Meinung; über Mittel und Wege zur Erreichung desselben wird man sich im einzelnen auseinanderzusetzen müssen.

gefälliger Sozialpolitik
wurde seither vielfach Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung verstanden. Diese Art von Sozialpolitik dürfte demnach im großen gesehen einen bestimmten Abschluß erreichen. Mit Ausnahme der Invalidenversicherung, deren Bestimmungen noch zu wändeln übrig lassen, wird neben dem Ausbau der Selbstversicherung, der organisatorischen Vereinfachung und Vereinfachung der gesamten Sozialversicherung die größte Sorgfalt zugewendet werden müssen. Wenn demnach die Arbeitszeit über eingehende Regelung erfahren hat, wenn das Arbeitsrecht einheitlich zusammengefaßt ist, dann werden wir uns nicht mehr so stark mit sozialer Sozialpolitik, sondern mit sozialer Staatspolitik im ganzen zu beschäftigen haben, und zwar mit einer organischen sozialen Staatspolitik, die alle Schichten, auch die soliden und autoritären strebenden Kräfte im Mittelstand umfaßt. Es wird dafür Sorge getragen werden müssen, daß nicht an Stelle der zwei Duzend früheren Domänen jetzt in Form von Kartellen und Trusts einige Duzend Industriekonzerngruppen entstehen, die dem breiten Volksochsen sehr viel gefährlicher werden können als die früheren politischen Domänen. Wir müssen insbesondere auch zu einer viel größeren Publizität der Wirtschaft kommen. Neben der politischen Demokratie, die sich erst in den Anfängen befindet, wird die wirtschaftliche Demokratie organisch ausgeprägt werden müssen. Das deutsche Bildungswesen ist noch völlig am Anfang seiner sozialen Aufgaben. Wir werden nie ein Volk werden und den Klagengeist von unten nicht überwinden, wenn wir nicht von der Schule her den Klagengeist von oben nachdrücklich zurückdrängen, und zwar in allen Schularten, von der Volksschule an bis zu den Handelshochschulen, den technischen Hochschulen und den Universitäten. Auch wird der nächste Reichstag Mittel und Wege zu suchen haben, wie den tatsächlich Tüchtigen aus allen Volksschichten ohne Rücksicht auf die Vermögenslage der Eltern die Teilnahme an deutschem Bildungsgut in ganz anderem Umfang als in der Vergangenheit ermöglicht werden kann. Ohne soziale Ausgestaltung des Bildungswesens und ohne gegenseitige Toleranz insbesondere in kulturpolitischen Fragen werden die Deutschen, die die Mitte Europas bewohnen, nie ein Volk werden, das sich in allen Lebenslagen verbunden fühlt.

Es ist nicht richtig, was von liberaler Seite behauptet wird, daß beim Kampf um das Schulgesetz es gegolten habe, die Schule nicht dem Merkantilismus zu überantworten. Uns geht es im Kampf um die Schule um etwas anderes. Schon früher habe ich einmal an dieser Stelle ausgeführt, daß die Deutschen seit der Reformation ein geistlich gespaltenes Volk seien, und daß weiterhin in Deutschland der Selbsterhaltung mit am schärfsten durchgeführt sei von allen Ländern der Welt. In solcher Lage müssen, wenn wir in Deutschland zu einem Schulfrieden gelangen wollen, mehrere Schularten gleichberechtigt zugelassen werden. Wir sehen weiterhin insbesondere in der Volksschule nicht eine bloße Wissensvermittlung, sondern auch eine Anstalt zur Volksbildung, zur Volkserziehung und zur Volksformung. Und diese Aufgaben sind nach unserer Auffassung auf lange Sicht gesehen, nicht lösbar, wenn nicht die letzten, tiefsten religiösen Kräfte bei dem Gesamtplan der Schule eingesetzt werden können. Aus dieser Einstellung heraus kommen wir zur konfessionellen Schule, die wir gleichberechtigt neben anderen Schularten zugelassen haben wollen. Weil aber die Volksschule auch Volkserziehungsmittel werden soll, räumen wir dem Staat eine weitere für alle Schulen eine weitgehende Kontrolle ein. Auch hinsichtlich der sozialen Ausgestaltung des Schulwesens ist die Zentrumspartei zu jeder erheblichen Mitarbeit bereit.

In neuerer Zeit sehen sich wieder viele Redner mit der Zentrumspartei und mit den in ihr lebendigen Strömungen auseinander. Von demokratischer Seite wird die Meinung verbreitet, wir seien zwar Staatsbürger, nicht aber Staatsbürger. Wir seien keine Garant des Staates, Staatsbürger, Garant des Staates, Garant insbesondere auch der Demokratie, ferner in Deutschland nur der Protestantismus sein. Wir sind sehr dankbar, daß das ganze deutsche Volk Garant des Staates und der Demokratie wird, ohne Rücksicht auf die Weltanschauung der einzelnen Gruppen; aber Einspruch müssen wir dagegen erheben, daß der Katholizismus infolge seiner Struktur ins Lager der politischen Reaktion führen müßte. Wann sind die Katholiken in England im Lager der politischen Reaktion gestanden? Wo und wann haben die Katholiken der Vereinigten Staaten von Nordamerika, die doch allerlei zu melden haben, der politischen Reaktion Vorhabe angedeutet? Wann und wo ist den irischen Katholiken von maßgebender Seite gepöbel worden, daß sie sich ins politische reaktionäre Lager schlagen müßten? Das Umgekehrte war jederzeit der Fall. Wo wäre in Deutschland in den letzten 10 Jahren der deutsche Staat, die deutsche Demokratie geblieben ohne die Zentrumspartei? Wir reden in Deutschland viel aneinander vorbei. In den letzten Jahren ist Herr Wirth immer als Vertreter des politisch fortschrittlichen und ich als Führer des politisch reaktionären Flügel innerhalb der Zentrumspartei hingestellt worden. Dabei hat man gar nicht beachtet, wie in all den kritischen Situationen ich Herrn Wirth immer wieder Brücken gebaut habe. Weßhalb denn? Weßhalb aus politischem Opportunismus? Nein! Ich war in den letzten Jahren häufiger mit Herrn Wirth nicht einverstanden, habe es aber deswegen nie zum Bruch kommen lassen, weil ich gesehen habe, daß in Herrn Wirth Kräfte lebendig sind, die, wenn sie an der richtigen Stelle eingesetzt werden, für Deutschland in der Welt und für den deutschen Staatsaufbau von fundamentaler Bedeutung werden können. Im Ziele beizubehalten die großen Meinungsverschiedenheiten nicht, sie bezogen sich vielmehr auf die Methode, auf die Art und das Tempo des Vorgehens. Es ist daher auch total falsch, wenn in einem aus Berlin datierten Artikel der Kölner „Heinrichen Zeitung“ „Der Verrat an Wirth, Stegerwald im Hintergrund...“ geschrieben wird, ein Artikel, der wohl Herrn Wirth am liebsten zum Verfall hat. Ich kann Herrn Solmann in aller Offenheit sagen: einen Tag vor der Freiburger Delegiertenversammlung habe ich die Wahlfür Zentrumspartei in Verbindung mit Herrn Loos wissen lassen, daß wenn einige sachliche und objektive Sicherheiten geschaffen würden, ich die Wiederwahlung des Herrn Dr. Wirth wünsche. Aber das nur nebenher; das entscheidende ist folgendes: In den geistigen Grundlagen zwischen christlicher und sozialistischer Arbeiterbewegung gibt es letzten Endes doch nicht darum, ob „ein katholischer Proletariat heringeleitet“ in einem sozialdemokratischen Konsumverein faul“, und um bloße „soziale, ökonomische und politische Verhältnisse“ oder um

Ausklang mit Schlägerei

Sozialdemokraten und Kommunisten im Handgemenge

Im Reichstag kam es Donnerstag in den Abendstunden zu einer Schlägerei, von der nicht zu viel behauptet wird, wenn man sie selbst unter Berücksichtigung früherer gewalttätiger Vorgänge in Art und Ausmaß als wirklich noch nicht da gewesen bezeichnet. Die Tatsachen, die sich bei einer Rede Landeborgs, eines feinen und gemäßigten Redners, zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten abspielten, hatten logischerweise unheilvolle Verwicklungen zur Folge. Sind das Vorgehen des Wahlkampfes, dann müßte man allerdings auf manches gefaßt sein. Wie stark die Spannung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gewachsen ist, haben die gefrigen außerordentlich bedauerlichen, die Würde des Parlaments absolut abträglichen Vorgänge deutlich gezeigt.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Land ob er g sprach über die Amnestie und rechtferdigte die Haltung seiner Freunde. Als er davon sprach, daß er die Angriffe des Herrn Höllein auf die sozialdemokratische Partei als eine wohlthuende Abwechslung von den Umschwüngen empfinde, die seine Partei in den letzten Tagen durch die Kommunisten erfahren habe, stürzte, nachdem die Kommunisten bereits während der Rede dauernd lärmende und beleidigende Zwischenrufe gemacht hatten, der Abg. Höllein zur Rednertribüne. Ihm folgten im zusammengehaltenen Haus die Parteifreunde. Eine Reihe sozialdemokratischer Abgeordneter trat ihnen entgegen. Dabei kam es zum Handgemenge. Beide Parteien begannen einen Faustkampf unter tobendem Lärm, einen Kampf, wie er bisher so wohl an Zahl der beteiligten Personen wie an Dauer im Reichstag bisher noch nicht dagewesen ist. Die Sozialdemokraten, die an dem Faustkampf beteiligt waren, standen namentlich auf den Stufen zur Estrade. Die Kommunisten darunter, von

oben über das Treppengeländer und von unten hinauf prasselten hagelnd die Fäuste gegeneinander. Von oben wurde auch ein Tintenfaß in die unten stehenden Kämpfer geschleudert. Es blieb auch nicht ganz ohne einige blutige Folgen, wenn es auch nur Schrammen gewesen sein mögen.

Der amtierende Vizepräsident Esser verließ während des Kampfes seinen Sitz und unterbrach damit die Sitzung. Nach einer ganzen Weile danach dauerte der Zusammenstoß an, bis schließlich Beruhigung eintrat. Nach etwa fünf Minuten der Unterbrechung erklärte Vizepräsident Esser wieder auf dem Präsidentenplatz, erklärte die Sitzung wieder eröffnet und bemerkte: Es ist mir mitgeteilt worden, daß der Abg. Jadaich (Komm.) die Jobsen fassigfundene Tumultuöse verurteilt hat. Ich fordere den Abg. Jadaich auf, den Saal zu verlassen. Nach diesen Worten setzte erneut Lärm bei den Kommunisten ein. Der Abg. Jadaich machte keine Anstalten den Saal zu verlassen.

Vizepräsident Esser forderte den Abg. Jadaich nochmals auf den Saal zu verlassen. Als auch diese zweite Aufforderung mit lärmenden Zurufen von den Kommunisten beantwortet wurde, erklärte der Vizepräsident, daß er die Sitzung unterbreche.

Darauf trat der Vizepräsident zu einer Besprechung zusammen. Im Vizepräsidentenrat wurde festgestellt, daß der tätliche Angriff von dem kommunistischen Abg. Jadaich ausgegangen sei. Um 2:15 Uhr wurde die Sitzung wieder eröffnet. Vizepräsident Esser stellt fest, daß der Abg. Jadaich seiner Aufforderung den Saal zu verlassen nicht entsprochen habe, infolgedessen war man außerstande weiter zu verhandeln. Da der Abg. Jadaich den Saal nicht verläßt, wird er für acht Tage von den Sitzungen ausgeschlossen. Der Vizepräsident schlägt dann Vertagung der Sitzung vor.

Wirth spricht

Abg. Dr. Wirth (Ztr.) begrüßte diese Aussprache, die nicht bloß Wahllegation, sondern ernste Auseinandersetzungen über die politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Faktoren in unserem Volk. Es ist von einer „kapitalistischen Weltanschauung“ gesprochen worden. Wenn es eine kapitalistische Weltanschauung gibt, wenn dieses Wadern, das über Menschen und Völkern hinweggegangen ist, das uns unter dem unangebrachten Druck der kapitalistischen Weltmacht den Versailles Vertrag aufgezwungen hat, wenn dieses System des Kapitalismus das Wesen und den Sinn unseres Lebens bedeuten würde, dann wäre wahrhaftig das Leben nicht wert, gelebt zu werden; der Kapitalismus kann uns keine Weltanschauung geben. Der Kapitalismus konzentriert sich international. Gegenüber den die Staaten und Nationen überhebenden Tendenzen des Kapitalismus, habe ich mich im Reichsbanner bemüht, die Massen zu gewinnen zur Liebe zum Staat zu unserer deutschen Republik. Es ist nicht die Stärke, sondern die Schwäche des Bürgerrechts, das sich zu diesem Staat mehr die großen Massen der Linken als die aus den anderen Lagern bekannt haben. (Lärm u. Zurufe rechts.) Ich halte es für eine der größten Aufgaben, daß wir die Arbeitermassen, die am allen Staat verzweifelten, davon überzeugen, daß sie auch am neuen verzweifeln. Das Wesen politischer Arbeit ist vielmehr, daß sie diesen Staat als Instrument eines politischen, sozialen und kulturellen Fortschritts benutzen. Wir stehen noch in den Kinderjahren des demokratischen Staates. Sonst wäre es unmöglich gewesen, daß heute Graf Wessely in seiner Rede die Richtlinien und Prinzipien der Reichsregierung nicht nur wiederholt, sondern auspricht, daß die Deutschland nur auf diesem Wege mit einer gewissen Geschwindigkeit den Zugang zur Regierung erreichen könnten. (Lärm und Zurufe rechts.) Das Wesen der Demokratie hebt man auf, wenn man die Verantwortung für die Politik ablehnt, die man selbst mitgemacht hat. Wir haben für die oft sehr unpopulären

angehörig veraltete Organisationsapparate. Worum es geht, habe ich am 4. März in Duisburg in folgenden zwei Sätzen ausgesprochen:

Wenn wir uns christlich-nationalen Arbeiterbewegung nennen, so bringen wir damit zum Ausdruck, daß wir uns nicht nur als Klasse, sondern als Bestandteil des großen deutschen christlichen Kulturkreises und des deutschen Gesamtvolkes fühlen... Die christliche Arbeiterbewegung ist geschaffen worden einmal, um den materiellen Aufstieg der Arbeiterklasse zu ermöglichen, dann aber auch um christlichen und religiösen Geist in der Arbeiterklasse zu erhalten und von unten herauf damit das öffentliche Leben zu betreten und zu erneuern.

Weil es nicht bloß um Heringe und soziale und wirtschaftliche Dinge, sondern um den Geist geht, der für die Gestaltung des deutschen Volks- und Staatslebens bestimmend sein soll, sind viele meiner politischen Freunde in den letzten Jahren weniger mit dem Willen als mit den Auswirkungen der Tätigkeit unseres Herrn Kollegen Wirth nicht einverstanden gewesen. Es ist in den letzten Jahren das Reichsbanner gegründet worden, das sich wohl zu mehr als 90 Proz. aus Sozialdemokraten zusammensetzt. Die überwiegende Mehrheit der Mitglieder des Reichsbanners hat in ihm lediglich eine Kampfgruppe gegen rechts gesehen. Wirth wollte aus dem Reichsbanner mehr gemacht wissen; er glaubte, in dem Reichsbanner auch eine Plattform sehen zu sollen, von der aus die sozialistischen Massen politisch an den Staat herangebracht werden können. Ich habe nie an diese Möglichkeit geglaubt. Wenn heute Herr Kollege Wirth in einer Massenversammlung redet und nach Solmann von den sozialistischen Massen unjubilant wird, und wenn dann die sozialistische Agitation und Presse an 300 Tagen des Jahres aus einem ganz anderen Geist heraus zu ihren Massen redet, dann kann die Wirthsche Aufrüstungsarbeit, soweit sie sozialistischen Massen in Frage kommen, nicht von Erfolg sein. Ich glaube nicht daran, daß ohne oder gar gegen den sozialistischen Parteiparagraphen in nächster Zeit die sozialistischen Massen von außen her zu einer anderen Denkwelt und Haltung gebracht werden können. Und darum bin ich der Meinung, daß Herr Wirth in den letzten Jahren vielleicht am falschen Platz und nicht selten in falscher Front gestanden hat, und daß, wenn Herr Wirth in den nächsten Jahren die politischen Aufgaben mit seinen engsten politischen Freunden im einzelnen bespricht, in Zentrumsversammlungen redet, in der Zentrumspresse schreibt, mit der christlich-nationalen Arbeiterbewegung engere Fühlung unterhält, er im ganzen gesehen dem deutschen Volk und dem deutschen Staatsleben größere Dienste leisten und größere Erfolge erzielen kann, wie das in den letzten Jahren in teilweise anderer Front möglich war.

Politische Parteien sind nicht Selbstzweck. Die Zentrumspartei ist der Meinung, daß sie nicht nur ihren Wählern, sondern auch dem deutschen Volk im ganzen am besten dient, wenn sie auch unter dem veränderten parlamentarischen Regierungssystem ihrem Wesen nach das bleibt, was sie jederzeit war. Sie ist der Auffassung, daß mit dem Fortschreiten, wie wir es in Sachsis, Thüringen usw. haben, wo sie verbunden die Mitte steht, bei der Zersplittertheit der deutschen Parteien die gewaltigen Aufgaben der deutschen Politik in der Welt und im Innern im letzten Jahrzehnt nicht hätte durchgeführt werden können und sich auch in den nächsten Jahren nicht bewältigen lassen. Es ist eine totale falsche Auffassung zu glauben, daß wir bereits über den Berg seien. Wir stehen noch vor ungeheuren Aufgaben gegenüber der Geltendmachung Deutschlands in der Welt gegenüber der Festigung und Sicherung der politischen Freiheit und gegenüber der Sicherung der dauernden Lebensmöglichkeiten des deutschen Volkes. Die Zentrumspartei wird sich bemühen, ihr geistiges und politisches Eigenleben so klar wie möglich herauszutreten und es zu vertiefen. Politische Streitgemeinschaften, politische Zweckgemeinschaften vermögen ganz gleich, ob sie mit rechts oder mit links eingegangen werden müssen, am dem Charakter und dem Eigenleben der Zentrumspartei nicht zu ändern. Wir bleiben eine christlich und sozial orientierte Partei, deren Weiterleben es ist, das ganze Volk mit dem Staat zu verbinden zu lassen und das deutsche Volk in seiner Gesamtheit nach den trübten Erlebnissen des letzten Jahrzehntes wieder besseren Tagen entgegenzuführen. (Lärm und Zurufe rechts.)

fürte aus, die Grundlinien der Streikmännischen Außenpolitik seien jetzt Gemeingut des deutschen Volkes geworden, auch der Deutschnationalen im Gegensatz zu ihrer früheren Haltung. Das Ziel des Einheitsstaates müsse allmählich erreicht werden. Bismarck könne nicht als Kronzeuge für den ewigen Bestand der bundestaatlichen Verfassung angerufen werden. Von Bismarck sollte man aber auch lernen, daß bei der Errichtung des Einheitsstaates die jüdischen Länder mit der nötigen Politik behandelt werden müssen. Die sozialpolitische Arbeit der letzten Regierung sei anzuerkennen, es dürfe aber nicht vergessen werden, daß die Grundfragen jeder Sozialpolitik eine gesunde Volkshauspolitik sei (Weißall).

Abg. Dr. Scholz (D. Sp.) führte aus, die Grundlinien der Streikmännischen Außenpolitik seien jetzt Gemeingut des deutschen Volkes geworden, auch der Deutschnationalen im Gegensatz zu ihrer früheren Haltung. Das Ziel des Einheitsstaates müsse allmählich erreicht werden. Bismarck könne nicht als Kronzeuge für den ewigen Bestand der bundestaatlichen Verfassung angerufen werden. Von Bismarck sollte man aber auch lernen, daß bei der Errichtung des Einheitsstaates die jüdischen Länder mit der nötigen Politik behandelt werden müssen. Die sozialpolitische Arbeit der letzten Regierung sei anzuerkennen, es dürfe aber nicht vergessen werden, daß die Grundfragen jeder Sozialpolitik eine gesunde Volkshauspolitik sei (Weißall).

Abg. Solmann (Soz.) beschäftigte sich dann mit der Rede des Abg. Stegerwald. In der falschen Front habe nicht Dr. Wirth gestanden, sondern Stegerwald, der auf die Rechtslokalität hingearbeitet habe. Wenn Dr. Wirth trotz der Konkurrenz vieler Parteilinstanzen gegen ihn auf die Reichshöhe gelangt wird, so sei das wohl nur dem Respekt vor der Rebellion der christlichen Arbeiter zu verdanken. Eine Christlich-nationale des kapitalistischen Unternehmertums sei unmöglich. Die soziale, geistige und kulturelle Kluft zwischen den christlichen Unternehmern und christlichen Arbeitern sei größer als die zwischen christlichen und sozialistischen Arbeitern. (Lärm, Weißall u. Soz.)

Heute Reichstagsauflösung

Letzte Sitzung um 12 Uhr

Jetzt endlich steht der Termin der Reichstagsauflösung fest. Der Reichstag ist gestern sofort nach den Plenarsitzungen zusammengetreten und beschloß, die für heute um 18 Uhr angeordnete Plenarsitzung nicht stattfinden zu lassen. Die nächste und voraussichtlich letzte Sitzung des Plenums wurde auf heute mittag 12 Uhr festgelegt.

Mahgebend war dabei der Umstand, daß der Reichstag gestern nicht mehr in der Lage war, zum Reichsstat Stellung zu nehmen. Seitens einiger Ländervertreter im Reichstag war geltend gemacht worden, daß sie sich infolge der vom Reichstag am dem Reichshaushalt vorgenommenen Änderungen zwecks Einholung neuer Instruktionen nochmals mit ihrer Regierung in Verbindung setzen müßten. Infolgedessen mußte die Beschäftigung des Reichstages auf heute vormittag 11 Uhr verschoben werden. Die Ausschüsse des Reichstages haben bereits gestern nachmittag mit der Beratung des Etats begonnen. Falls der Reichstag morgen an der vom Reichstag verabschiedeten Fassung des Etats nochmals Änderungen vornehmen sollte, müßte auch der Reichstag sich in seiner heutigen Sitzung wiederum mit ihm befassen. Er hätte dann die Möglichkeit, diese Änderungen entweder anzunehmen oder mit einer Zweidrittelmehrheit an der von ihm beschlossenen Fassung festzuhalten. Falls der Reichstag jedoch — was wohl zu erwarten ist — gegen den Etat keinen Widerspruch erhebt, wird der Reichstag sich in seiner heutigen Sitzung lediglich noch mit der dritten Lesung des Haushaltsvertrages mit Griechenland befassen und dann die Erklärung der Reichsregierung entgegennehmen, die die Auflösung verfügt.

Der gestrigen Sitzung des Reichstages wohnten auch Reichsinnenminister von Kautsk, der den Parteien namens der Reichsregierung einen Bericht über die derzeitige Lage vorlas. Ein Beschluß hierüber wurde natürlich nicht gefaßt. Doch darf man es als selbstverständlich annehmen, daß die Parteien in ihrer großen Mehrheit der von der Reichsregierung gegebenen Anregung Folge leisten werden. Die Zentrumspartei wird übrigens erst nach dem Weihen Sonntag ihre Wahlarbeit beginnen.

Schließlich befaßte sich der Reichstag noch mit der Frage, ob der Rundfunk den Parteien für den Wahlkampf zur Verfügung gestellt werden solle. Der Reichsinnenminister hat im Einvernehmen mit dem Kabinett eine Verfügung erlassen, die dies verbietet. Die Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten wandten sich gegen diese Verfügung, während die übrigen Parteien ihr zustimmten. Sie haben auch den einzig möglichen Standpunkt eingenommen; denn es besteht immerhin die Gefahr, daß der Rundfunk seitens einiger Parteien in einer Weise mißbraucht werden würde, die der Aufgabe dieser Institution nicht entspricht. Da eine Zensur der Rundfunkveranstaltungen, die einen Mißbrauch allein verhindern könnte, aus politischen Erwägungen heraus nicht gefällig werden kann, bleibt keine andere Möglichkeit übrig, als den Rundfunk aus dem Wahlkampf restlos auszuschalten.

Der Etat angenommen

Der Haushalt für 1928 wurde gestern mittag mit 200 Stimmen gegen 170 Stimmen bei 4 Enthaltungen in dritter Lesung angenommen. Das Haus ging dann zur dritten Beratung des Haushaltsplans für 1927 über.

Die gestrige Reichstags-Sitzung wurde um 10 Uhr eröffnet. Präz. Lübbe trat bei Eintritt in die Verhandlungen, sich darauf einwirkend, daß die Stellungnahme des Reichstages zum Etat und andere Gründe noch am Sonnabend eine Reichstags-Sitzung notwendig machen. Es folgte der jedoch erst vorgelagerte Kenntnisnahme des Haushaltsvertrages. Die von den Deutschnationalen beantragte Ausschuhberatung wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen, Volksdeutschen, Nationalsozialisten und einzelner Zentrumsglieder abgelehnt, der Vertrag in erster und zweiter Lesung ohne weitere Debatte angenommen. Die dritte Lesung konnte nicht stattfinden, da die Deutschnationalen Widerspruch erhoben.

Das Gesetz gegen den Waffenhandel nach China wurde dann ohne weitere Aussprache in allen drei Lesungen verabschiedet.

Darauf wurde die dritte Beratung des Rentenbankgesetzes fortgesetzt. Dazu beantragten Abgeordnete des bayer. Bauernbundes, der Volksdeutschen usw. Erlass der fälligen Rentenbanknoten. Staatssekretär Dr. Poppe erklärte, darauf könne die Regierung unter gar keinen Umständen eingehen. — Der Antrag wurde abgelehnt, das Gesetz selbst unverändert verabschiedet. Darauf wurde auch ein Kompromissantrag angenommen, der dieses Gesetz am 1. April 1928 in Kraft treten läßt. Gleichzeitig treten auch die bereits beschlossenen Erhöhungen der Invalidentickets, die Zulassänderungen und die Herabsetzung des Geizierlohnkontingents in Kraft. Durch die Annahme dieses Antrages ist der ursprüngliche beabsichtigte Mantelgesetz zum Kompromissantrag umgewandelt.

Darauf wurde die dritte Beratung des Etats für 1928 fortgesetzt. Beim Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums wurde ein Antrag angenommen, der neben den für die Weingüter festgesetzten Mittel 100 000 M. für die bedrohten Weingüter Königsberg i. P., Breslau, Köln und Frankfurt a. M. anfordert.

Beim Haushalt des Reichsarbeitsministeriums beantragte Abg. Weisbergs (Ztr.), daß die für den Rüstburg-Ring bestimmten zwei Millionen nicht aus der Produktions-Erwerbslosenfürsorge gezahlt, sondern auf den Verkehrs-Etat übernommen werden. — Der Antrag wird abgelehnt.

Beim Etat des auswärtigen Amtes wurde durch Annahme eines deutschnationalen Antrags bei der Reichsgesandtschaft in München der in zweiter Beratung beschlossene Zusatz „ständig fortwährend“ gestrichen. Beim Haushalt des Innern wurden die Hilfsmittel für die von Unwetereisatropfen betroffenen Gebiete und für die bedrohten Grenzgebiete um 5 1/2 Millionen erhöht.

Im übrigen wurden diese Etats ohne Aussprache nach den Beschüssen der zweiten Lesung bewilligt. Beim Justizetat wurde die gestern begonnene Amnestie-Debatte fortgesetzt.

Abg. Vandenberg (Soz.) verlas unter großer Heiterkeit des Hauses die von der „Kolon Fahne“ gegebene Schilderung der gestrigen Tumultuosen unter der Ueberleitung der angeordneten Amnestie-Berater überfallen kommunistische Abgeordnete. Die Sozialdemokratie habe immer gefordert, daß unter keine Urteile von 1921—1923 ein Strich gemacht werde, und daß auch das Holz amnestiert werde. Eine Ausnahme müsse aber gemacht werden mit jenen Gemeinderäten, denen im Ge-

richtsurteil beschienigt wurde, daß ihre Taten nicht politischen Motiven, sondern un menschlich roher Gewinnsucht entspringen. Die Sozialdemokraten wollten die proletarischen Opfer der politischen Justiz nicht mit diesen Gemeinderäten auf eine Stufe stellen lassen. Die Sozialdemokraten unterstützen den Antrag auf namentliche Amnestie.

Auf kommunistische Plur-Rufe nach dieser Rede antworteten die Sozialdemokraten mit Weiskal'schen Die Plur-Rufe der Kommunisten und Weiskal'schen Bedingungen der Sozialdemokraten dauerten minutenlang an.

Abg. Dr. Heug (Dem.) verlangte größeren Schutz der Autorität des Staates. Der Redner fragte den Justizminister, ob er wirklich dieses Amnestieerlangen unterstützen würde.

Rechtsjustizminister Herzog verwies darauf, daß er schon im Ausschuh betont habe, hier handle es sich um einen Initiativantrag, bei dem die Regierung Zurückhaltung wahren müsse. Im übrigen habe er die alten Bedenken der Regierung gegen wiederholte Amnestie ausgesprochen.

Abg. v. Freytag-Loringhoven (Dn.) wandte sich gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Dr. Kahl. Er betonte, er habe Artikel herausgelassen habe. D. Kahl, so fuhr der Redner fort, hat mich beleidigt, und der Vizepräsident hat ihn nicht zur Ordnung gerufen. Auf meine Frage, warum er das nicht getan hätte, antwortete er mir: Ich kann doch dem alten Mann keinen Ordnungsruf erteilen! (Hört! hört! rechts). Ich verachte darauf, Herr D. Kahl in derselben Weise zu antworten. Ich überlasse es ihm, wie weit er die Schöpfung mißbraucht, die man ihm hier angebeihen ließ. Ich hoffe, er wird mich verachten. (Beifall links u. d. Dn.) — (Hört! Hört! links u. d. Dn.) — Abg. Schmidt-Birchberg rief dem Abg. v. Freytag-Loringhoven zu: „Unerschütterter Kerl!“

Präs. Lübbe: Ich rufe den Abg. v. Freytag-Loringhoven wegen seiner letzten Reden zur Ordnung, auch den Abg. Schmidt-Birchberg wegen seines Jurafs. Der gestern amtierende Vizepräsident Esser sagt mir, er habe die vom Vizepräsident angeführte Auslassung gegeben, nicht um dadurch eine Herabsetzung, sondern eine Hochachtung des Abg. D. Kahl auszudrücken. (Beifall.)

Abg. Koch-Weser (Dem.): Der Justizminister hat hier mit leichter Handbewegung die Verantwortung für einen deutschnationalen Antrag abgelegt, der die Staatsautorität untergräbt. Wenn überhaupt das parlamentarische System noch einen Sinn hat, dann darf der von einer Partei gestellte Minister nicht von seiner Partei Anträge stellen lassen, die die Staatsautorität untergraben. Die Würde des Amtes verlangt das. (Beifall links u. rechts bei den Dn.)

Rechtsjustizminister Herzog: Ich habe im Ausschuh auch darauf hingewiesen, daß es die Aufgabe der Regierung sei, auf Volkserwägungen zu achten. Bei den Verhandlungsausschüssen im vorigen Jahre kam aus den verschiedensten Lagern der Ruf, man solle endlich einen Strich machen unter alles, was

Die Vorkämpfer der Zentrumstraktion

Der Abend des hundertjährigen Jubiläums des Reichstages des Preussischen Landtags, Dr. Felix Porck, vereinigte die preussische Zentrumstraktion im Festsaal des Herrenhauses zu einem Abend, der einen geradezu familiären Charakter trug. Und gerade aus dieser Tatsache spricht am stärksten, wie innig das Verbindungsgefühl zwischen der Fraktion und ihrem Führer Felix Porck ist. Außer den Mitgliedern der Fraktion, die vollständig zur Stelle waren, sah man den Kunzianer Paelli und eine Reihe anderer Ehrenmitglieder u. a. Das preussische Kabinett. Es mag besonders hervorgehoben werden, daß an diesem Abend auch die beiden langbewährten Fraktionsdinerer Otto Wilderich, der jetzt im 50. Lebensjahre steht und Windthorst's getreuer Diener war, und außer ihm Herr Wilhelm Vandewig, der sein Nachfolger war, an dem Feste teilnahmen.

Den Reigen der Ansprachen eröffnete der nun fast 50jährige Abgeordnete Herold, der den Jubilar als Freund feierte und insbesondere seine vorförlische und vermittelnde Art im Kampfe hervorhob. Im Vortrage des Preussischen Staatsministeriums sprach Finanzminister Dr. Höpfer sich offen, der insbesondere den unermüdblichen Arbeiter feierte und ihn rühmte, daß er ein Staatsbürger sei von einer Treue und Hingabe, wie sie selten nur wenige rühmen könnten. Ihm folgte Abgeordneter Dr. Segerwald, der auf die Bedeutung des Jubilars als lebendige Tradition der Partei hinwies und darauf aufmerksam machte, daß es kaum eine Persönlichkeit in den Reihen führender Zentrumspolitiker gäbe, die so vollkommen das Judente der Zentrumstraktion in sich trüge; es sei besonders darauf hinzuweisen, daß Männer wie Porck durch ihre Tätigkeit den oft gehörigen Vorwurf gegen das Zentrum entkräften, als wenn es einen Unterschied gäbe zwischen dem alten und dem neuen Zentrum. Es sei dasselbe, nur daß die Zeiten gewechselt hätten. Der Vorsitzende der deutschnationalen Landtagsfraktion, Dr. Binkler, feierte Felix Porck namens der sämtlichen übrigen Fraktionen des Preussischen Landtags für die Frauen ergriff dann Fräulein Stoffels das Wort und für das Reichstagspräsidium der Abgeordnete Esser, worauf sich dann der eigentliche Festredner des Abends, der Abgeordnete Dr. Pauker zur längeren Ansprache erhob. Er feierte den Jubilar als Schüler Windthorst's und als Träger einer gewaltigen Parteitradition. Er rühmte seinen edlen ritterlichen Charakter als Mensch, sein vornehmer Wesen, seine Hilfsbereitschaft. Für die Zentrumstraktion des Preussischen Landtags sei er ein wahrer Vater, aber nicht minder ein Führer, dem man sich gern aus menschlichen und sachlichen Erwägungen füge.

Zum Schluß dankte Präsident Dr. Porck für die ihm zu teil gewordene Ehre. Er ließ den Geist seines Lehrers Windthorst aufstehen und erinnerte an das Heldentat der Partei, fügte aber auch hinzu, daß es damals weit schwerer gewesen sei als heute, sich als Zentrumsmann zu betonen, und ihm selber sei das Opfer nicht so klein gewesen, um der großen Sache im Idealen Sinne zu dienen, der er sein Leben gewidmet habe, dem Zentrum.

Man darf wohl ohne Einschränkung sagen, daß dieser Abend einer der schönsten, glücklichsten und best gelungensten gewesen ist, den die Partei je in Berlin veranstaltet hat. Es war ein Familienfest, und wie eine große Familie scharte sich alles um den frohdollenden und noch so rüstigen Führer Felix Porck. Rüge

in der Vergangenheit aus den Irrungen und Wirungen der damaligen Zeit entstanden sei. Ich habe darauf hingewiesen, aber betont, daß die Regierung bei einem Initiativantrag sich zurückhalten müsse. Die Art, wie Abg. Koch-Weser die Stellung eines parlamentarischen Ministers kennzeichnete, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann. Stellen Sie sich denn die parlamentarischen Minister so vor, daß sie eine Puppe ihrer Parteien sein sollen? (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Dn.) Jede Partei kann natürlich ihren Minister zurückziehen, und meine Partei weiß, daß ich ihr jederzeit dafür zur Verfügung stehe. Im Kabinett vertritt ich aber mein Amt auf Grund meiner eigenen Meinung. Ich habe mich etwa für alles die Verantwortung zu übernehmen, was meine Partei an Anträgen stellt. (Beif. Beifall bei den Dn.)

Abg. Koch-Weser (Dem.): Ich habe nicht verlangt, daß Minister Herzog die Puppe seiner Partei sein soll, sondern ihr Führer. Darum hätte er verhindern müssen, daß seine Partei Anträge stellt, die die Staatsautorität gefährden. Aus den Ausführungen, die er eben gemacht hat, sehe ich allerdings, daß er diese Führeraufgabe nicht übernehmen kann, weil er selbst noch nicht weiß, was er will. (Beif. Beifall links, Lärm bei den Dn.)

Die Abg. Hüllein (Komm.) und Vandenberg (Soz.) machten dann persönliche Bemerkungen gegeneinander, die mit lärmenden Beifalls- und Misfallensausdrücken über Parteigenossen unterbrochen wurden. Abg. Torgler (Komm.) erhielt dabei zwei Ordnungsrufe.

Nach einer persönlichen Auseinandersetzung zwischen den Abg. Herold (Dn.), Dr. Birk (Ztr.) und David (Soz.) war die Aussprache beendet. Nach den Abstimmungen zur 2. Lesung erfolgte sofort die 3. Beratung der Amnestievorlage. Die Abgeordneten Hüllein (Komm.), v. Grafe (Soz.) und Everling (Dn.) erklärten nochmals, daß die Sozialdemokraten durch die Ablehnung der Amnestie für die sogenannten Gemeinderäte die Zustimmung der Reichstag und damit die Annahme der Amnestievorlage verhindert hätten.

In der Schlußabstimmung wurde die ganze Vorlage mit 226 Stimmen gegen 140 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten bei neun Stimmenthaltungen abgelehnt. Der Justizetat wurde dann bewilligt. — Das Haus ging zum Ernährungsstat über.

Beim Verkehrsstat wandten sich fast alle Parteien gegen die von der Reichsbahngesellschaft geplante Tarifierhöhung. Auch Reichsverkehrsminister Dr. Koch gab seinem Bedauern über den Beschluß des Verwaltungsrates Ausdruck. Die Reichsregierung habe der Reichsbahngesellschaft schriftlich ihre Stellungnahme mitgeteilt. Die Finanzlage der Reichsbahn ist in diesem Jahre nicht schlechter, sondern besser geworden, ich denke daher nicht daran, einer Tarifierhöhung zuzustimmen. Im übrigen wurde sich der Reichsverkehrsminister gegen die Reden des Abgeordneten Heilig (Soz.) wandte, erklärte, das Reichsverkehrsministerium habe nur offene Fonds zur Verfügung, die der ordnungsmäßigen Prüfung des Rechnungshofes und des Reichstages unterliege.

Eine die Tarifierhöhung ablehnende Entschlückung wurde mit großer Mehrheit angenommen. Der Verkehrsstat sowie die übrigen noch nicht erledigten Etats werden in dritter Lesung angenommen. Das Haus ging dann zur Schlußabstimmung zum Etat über.

das neue Zentrum, das so glückselig eingeweiht wurde, auch für Felix Porck ein neues Zentrum erfolgreichsten Dienstes für die Partei, für die Kirche und das Vaterland sein.

Freunde der Katholiken

Die katholische Pädagogische Akademie für Frauen, die als 5. Pädagogische Akademie an Ostern 1928 in Köln errichtet werden sollte, ist am Freitag durch die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und die Demokraten bei der dritten Lesung des Etats im Preussischen Landtag zu Fall gebracht worden. Nachdem das Zentrum für den Antrag der Deutschnationalen 1927 auf Errichtung einer katholischen und protestantischen Pädagogischen Akademie für Frauen gestimmt, der aber gegen die Deutschnationalen, Zentrum und Wirtschaftspartei abgelehnt wurde, stimmten die Deutschnationalen für den Antrag der Deutschen Volkspartei auf Streichung der laufenden Kosten für die neuerrichtende katholische Pädagogische Akademie für Frauen. Dieser Antrag wurde mit 154 gegen 110 Stimmen angenommen. Damit wird der Antrag des Zentrums 1926 auf Bewilligung des Extraordinariums für die Errichtung der neuen Akademie erledigt.

Zutritt zu den Gefangenen!

Moskau, 20. März. Die Telegrammagentur der Sowjetunion meldet: Volkskommissar für Heereswesen I. Schischerin legte den deutschen Vorkämpfer Grafen Brockdorff-Rantzau davon in Kenntnis, daß er dem deutschen Konsul in Charlotten die Genehmigung erteilt habe, die im Zusammenhang mit dem Schaufensterfall verhafteten deutsche Staatsbürger, die sich in Untersuchungshaft in Kojas am Don befinden, zu besuchen.

„Jeder Bürger muß Faschist sein!“

Rom, 20. März. Der Ansprache des Papstes und der Wiederkehr Mussolinis im Ministerrat werden auch heute noch mehrere Zeitungen gewidmet, und zwar vom „Giornale d'Italia“, der „Tribuna“ und vom „Impero“. Diese Zeitungen verurteilen den Einbruch zu erwidern, als ob die von Mussolini angekündigte Reform der Ballilla-Organisation unmittelbar bevorstehe, und dabei der Kirche durch Auflösung aller katholischen Sportorganisationen und besonders der katholischen Hochschülerorganisation der Einfluss auf die Jugend entzogen werden würde. „Giornale d'Italia“ meint, daß im faschistischen Staat kein Platz mehr sein dürfte für einen Bürger, der nicht Faschist sei. Diese Wahrheit werde immer mehr zur Geltung kommen müssen.

Erweiterte Fernsprechnöglichkeit

Der Reichspostminister hat verfügt, daß fortan alle Postdienststellen des ganzen gesamten deutschen Reichsgebietes, einschließlich der Postagenturen und Poststellen, für den Fernsprechnetz ununterbrochen von morgens 8 Uhr bis abends 8 Uhr offen zu halten sind. Hieraus ergibt sich der bedeutungsvolle Fortschritt, daß nunmehr jedermann im ganzen deutschen Reich mit jedem der Fernsprechnetz hat, von morgens 8 Uhr bis 8 Uhr abends zu jeder Zeit sprechen kann.

Industrie- und Handels-Zeitung

Die Warenhäuser 1927

Allgemeiner Aufstieg. — Skeptische Beurteilung der Konsumfinanzierung.

Der Verband deutscher Waren- und Kaufhausbesitzer bestand am 25. Februar 1928 25 Jahre. In seinem 25. Jahresbericht wird kurz die Entwicklung der deutschen Waren- und Kaufhäuser im vergangenen Jahre dargestellt: „Auch im Berichtsjahre vollzogen sich mehrere Expansionen bei verschiedenen großen Warenhauskonzernen. So erwarben insbesondere die Firmen Rudolph Karstadt A.-G. in Hamburg, Leonhard Tietz A.-G. in Köln verschiedene Einzelhandelsfirmen und gliederten sie ihren Betrieben an. Auch die Firmen J. Schocken Söhne, Kommanditgesellschaft auf Aktien in Zwickau und L. Lindemann A.-G. in Berlin vergrößerten sich im Laufe des Berichtsjahres, ebenso die Firma Gustav Ramelow in Berlin-Grunewald. Eine Ausdehnung auf das Ausland vollzog sich bei der Firma Hermann Wronker A.-G. in Frankfurt a. M., die ihren Interessenskreis auf Belgien ausdehnte.“

Auch die Einheitspreisbewegung machte im Berichtsjahre weitere Fortschritte. Insbesondere ist hervorzuheben, daß die Firmen Leonhard Tietz A.-G. in Köln und Rudolph Karstadt A.-G. in Hamburg eigene Tochteraktiengesellschaften schufen („Epa“ und „Epa“), die sich die Errichtung von Einheitspreisläden zur Aufgabe gesetzt haben. Es sind bereits von diesen neuen Gesellschaften verschiedene Einheitspreisgeschäfte in allen Teilen Deutschlands gegründet worden; die Gründung weiterer derartiger Geschäfte steht bevor. Auch die bekannte amerikanische Firma Woolworth dehnt sich in Deutschland auf diesem Gebiete immer mehr aus. Ein abschließendes Urteil über diese ganze Bewegung läßt sich im Augenblick bei der Kürze der Zeit ihres Bestehens noch nicht fällen.

Was die geschäftliche Lage der deutschen Waren- und Kaufhäuser anlangt, so geben die Bilanzen der in der Rechtsform der Aktiengesellschaft und der Gesellschaft mit beschränkter Haftung betriebenen Waren- und Kaufhäuser ein ziemlich klares Bild dieser Lage: Hiernach läßt sich in den Betrieben der Waren- und Kaufhäuser wie im ganzen deutschen Einzelhandel ein allgemeiner Aufstieg feststellen. Die Umsätze sind gestiegen; ob dies auch bei den Reinerträgen der Fall ist, darf bezweifelt werden. Allgemein wird über den hohen Steuerdruck im Reiche, den Ländern und Gemeinden geklagt.“

Über die von einzelnen Warenhäusern eingeführte Konsumfinanzierung äußert sich der Bericht wenig zuversichtlich. Die Konsumfinanzierung scheint, so heißt es, die Erwartungen, die auf sie gesetzt worden sind, nicht in vollem Umfange zu erfüllen; denn im Berichtsjahre mußte die Konsumfinanzierungsorganisation des Verbandes Berliner Spezialgeschäfte (die sogenannte „Citag“) sowie die von Dr. Bruno Birnbaum begründete Kundenkreditgesellschaft deutscher Einzelhändler G. m. b. H. liquidieren. Die in Berlin seit dem 1. November 1926 arbeitende Kaufkredit-Aktiengesellschaft Zürich, deren Schecks nur bei der Firma Hermann Tietz in Berlin verwendbar sind, arbeite in befriedigender Weise weiter.

Keine Fusionspläne Karstadt-Wertheim. Die von einer Berliner Korrespondenz verbreitete Meldung, daß zwischen dem Karstadt-Konzern und einem der größten Berliner Warenhäuser (nämlich der Firma A. Wertheim) Verhandlungen wegen eines Anschlusses der letzteren Firma schweben sollten, erfährt der „Konfektionär“ von zuständiger Stelle, daß diese Nachricht vollkommen aus der Luft gegriffen ist und jeder Begründung entbehrt. Es haben auch keinerlei Verhandlungen irgendwelcher Art über eine derartige Fusion stattgefunden.

Optimistische Konjunkturbeurteilung durch die Commerz-Bank. Die Commerz- und Privat-Bank beurteilt in ihrem jüngsten Wirtschaftsbericht die deutsche Wirtschaftslage und ihre Aussichten recht zuversichtlich. Sie schreibt: „Die Konjunktur zeigt eine außerordentliche Widerstandsfähigkeit, trotz der verschiedenen Gegenwirkungen, die sich sowohl von der Geld- und Kapitalseite herleiten als auch von den sozialen Kämpfen ihren Ausgang nahmen, bleibt die Geschäftslage im großen und ganzen stabil. Naturgemäß ergeben sich hier und da Abschwüngen — zum Beispiel in einigen Zweigen des Textilgewerbes —, denen aber wieder eine Besserung der Geschäftstätigkeit in verschiedenen anderen Branchen gegenübersteht. Die industrielle Konjunktur im ganzen darf man zuversichtlich beurteilen, sofern nicht von der sozialen und politischen Seite aus eine Beunruhigung erfolgt und das Preisniveau in unangünstiger Weise beeinflusst wird. Bei der Gestaltung der deutschen Inlandskonjunktur wird auch zweifellos die künftige Lage der deutschen Landwirtschaft in starkem Maße mitsprechen. Die in Vorbereitung befindlichen organisatorischen Maßnahmen werden gewiß, wenn das laufende Jahr im Zeichen einer besseren Ernte als in den Jahren 1926/27 stehen sollte, ihre Wirkung nicht verfehlen, zumal auf dem Gebiet der Kreditgewährung weitgehende Erleichterungen vorgenommen werden sollen.“

Börsenzulassung der Deutschen Linoleum-Anleihe in Holland. Das holländische Finanzministerium hat die Aufnahme der 19 Mill. R.-M. 7proz. hypothekarischen Goldobligationen der Deutschen Linoleum-Werke Aktiengesellschaft in die Kursliste der holländischen Börsen mit Wirkung ab 28. März 1928 genehmigt.

Mehrheitswechsel bei der Anglo-Tschechoslowakischen Bank. — Übergang in tschechische Hände. Die Anglo-Tschechoslowakische Bank hat die Mehrheit der Aktien aus englischen Händen in das Eigentum tschechoslowakischer Gruppen überführt, wobei die Vereinbarung getroffen worden ist, daß mit der Aufnahme der Dividendenzahlungen erst im nächsten Jahr begonnen werden wird. Daher wird aus dem Ertragsjahr für 1927 keine Dividende ausgeschüttet, sondern der Reingewinn von 16,2 Millionen (i. V. 19,6 Millionen) Kronen wird zu Abschreibungen und Nachlässen verwendet werden.

Banco-Hispano-Americano. Die Generalversammlung genehmigte den Abschluß für 1927 mit einem Bruttoüberschuß von rund 32 Mill. Peseten. Der Reingewinn ist von 14.615.110 Peseten auf 16.472.332 Peseten angewachsen. Die hieraus zur Verteilung gelangende Dividende beträgt wiederum 10 Proz. Dem Reservefonds werden 585.226 Peseten zugeführt, während 2.285.318 Peseten zum Vortrag gelangen.

Unverändert fest

Unter Führung von Sonderwerten

Die Börse zeigte auch heute wieder feste Haltung. Belebend wirkte auf die Wertpapiermärkte eine ganze Reihe von Sonderbewegungen. Von diesen sind in erster Linie zu nennen Polyphon, die sich im Hinblick auf die in der nächsten Woche stattfindende Aufsichtsratsitzung, von der man einen wesentlichen Dividenderhöhungsbeschluß erwartet, nach 323% bis auf 344% erhöhten. Glanzstoff zogen angeblich auf Londoner Käufe hin ebenfalls um 25 auf 730 an. Sehr fest verkehrten ferner Ilse plus 7%, Rheinische Braunkohle plus 8% und Bauaktien. Von günstigem Einfluß war ferner insbesondere die Tatsache, daß von außen her einige Aufträge an die Märkte gelangt waren, die die Spekulation veranlaßte, nach den zum Schluß des gestrigen amtlichen Verkehrs vorgenommenen Leerabgaben zu Deckungskäufen zu schreiten. Ueberdies glaubt man, daß die Bankenkundschaft demnächst wieder in stärkerem Maße Anlagekäufe vornehmen wird. Der Zahlungstag, der zwar eine leichte Erhöhung der Geldsätze mit sich gebracht hat, ist bisher für die Börse ohne nennenswerte Schwierigkeiten verlaufen. Auf Grund der umfangreichen Vorbereitungen stand Tagesgeld in reichlichem Maße zur Verfügung. Was die Tarifierhöhung der Reichsbank angeht, so glaubt man in Kreisen der Spekulation damit rechnen zu können, daß die aus der Erhöhung der Reichsbahn zufließenden Mittel zum großen Teil für das erforderliche Bauprogramm verwendet und damit der Wirtschaft wieder zugute kommen werden. Aus allen diesen Gründen war das Geschäft gegenüber den Vortagen lebhafter. Im Verlauf hielt die freundliche Stimmung an.

Montanwerte zeigten außer den bereits genannten Papieren kaum noch stärkere Veränderungen. Zu erwähnen sind lediglich **Harpener** mit einem Gewinn von 1% und **Vereinigtes Stahlwerke**, die ausschließlich Dividende mit 99, nach 103%, gehandelt wurden. **Kaliwerte** zeigten ebenfalls keine wesentlichen Veränderungen. Am Markt für **chemische Werte** bröckelten I. G. Farbenindustrie um 1/4 auf 246% ab. Oberkoks und Byk-Guldenwerke gewannen je 1/4 Prozent. Am **Elektromarkt** lagen nur Rheinisch-Westfälische Elektrizität niedriger, — 2% Prozent. Vom den übrigen gewonnenen Siemens und Transradio 2% Prozent. **Maschinen- und Metallanteile** verkehrten uneinheitlich und eher schwächer. Unter anderen waren Deutsche Maschinen um 2% ermäßigt. **Bauwerte** lagen vorwiegend fest. Berger zogen um 5, Philipp Holzmann um 4% Prozent an. Von den **Textilwerten** sind noch Bemberg mit einem Gewinn von 3 und Hammersen mit einem Abschlag von 5 Prozent zu erwähnen. Bei **Papierwerten** gewannen Waldhof 3%. **Spritaktien** zogen bis zu 2% Prozent an. Auch die übrigen am Markt für **sonstige Werte** gehandelten Papiere verkehrten überwiegend mit **Kursbesserungen**, die bis zu 2 Prozent betrugen. Von **Bahnaktien** lagen A.-G. für Verkehrsmittel um 1% Prozent niedriger. **Schiffahrtswerte** zeigten mit Ausnahme von Vereinigten Elbe (— 1%) Besserungen bis zu 2 Prozent (Nordloyd). **Bankanteile** verkehrten ebenfalls **freundlich**. Bank für Brauindustrie gewannen 1%, Darmstädter und Nationalbank 1%.

Ausländische Renten zeigten regeres Geschäft. Vereinzelt waren Kursbesserungen bis zu 1%

zu verzeichnen (5proz. Mexikaner). 4proz. ungarische Goldrenten lagen um 1% schwächer. Auch heimische Renten blieben nur knapp behauptet.

Im Verlauf der Börse traten **weitere Kursbesserungen** ein. Am Montanmarkt stellten sich Harpener um 2 Proz. höher. Von chemischen Werten gewannen Th. Goldschmidt 1%. Rütgerswerke stellten sich zum ersten Kurs um 1% höher. Hier wirkte der günstige Abschluß und die Gemeinschaftsgründung mit der Siemens und Halske A.-G. anregend auf das Geschäft. Geofürel waren weiter um 2% und Siemens um 1% erhöht. Schubert und Salzer lagen zum ersten Kurs um 2 Prozent niedriger. Bemberg konnten sich weiter um 7 erhöhen. Hamburg-Süd gewannen 2, Darmstädter und Nationalbank erneut 1%.

Die **zweite Börsenstunde** zeigte allgemein weiterhin ein freundliches Bild, wiewohl die Kursgestaltung nicht ganz einheitlich war. Am Montanmarkt zogen Rheinische Braunkohle noch um 1% Prozent und Phönix um 1/4 Prozent an. I. G. Farbenindustrie lagen mit 247 ebenfalls etwas fester. Sehr lebhaft verkehrten Elektroaktien. Führend waren hier Lahmeier plus 3%, Siemens plus 3, Schuckert plus 2 Prozent. Größere Umsätze fanden bei Julius Berger statt, die nach 371% bis auf 382 stiegen. Philipp Holzmann gewannen ebenfalls 2%. Osterwerke waren um 3 Prozent auf 284% Proz. verbessert. Harburger Gummi und Svenska verloren ebenfalls je 2% Prozent.

Gegen **Schluß des amtlichen Verkehrs** waren bei den führenden Spezialwerten weitere Kursgewinne festzustellen, aber im übrigen blieb die Haltung fest.

Der **Pfandbriefmarkt** zeigt bei kleinen Umsätzen freundliches Bild. Besondere Veränderungen sind nicht eingetreten. Das Gleiche gilt auch für Industrieobligationen.

Am Markt der Papiere mit **Einheitskursen** war die Haltung fest. Die Kursaufbesserungen betragen allgemein bis zu 3 Prozent.

Am Markt für **unnotierte Werte** war das Geschäft sehr klein, die Kursgestaltung war nicht einheitlich, aber ohne nennenswerte Veränderung.

Geld- und Devisenmarkt

Am **Geldmarkt** ist durch den Zahlungstag etwas lebhaftere Nachfrage festzustellen gewesen, die sich jedoch zinsmäßig nur wenig auswirkte. Die Sätze für Tagesgeld zogen allerdings leicht an auf 6 bis 8 Prozent. Im allgemeinen ist die Verfassung als verhältnismäßig flüssig zu betrachten. Monatsgeld stellte sich auf 7% bis 8%, Geld für einige Tage oder Ultimo auf 8 bis 9%. Warenwechsel wurden nicht umgesetzt.

Am **Privatdiskontmarkt** blieb die Lage unverändert. Zum Satz von 6% Prozent machte sich vereinzelt sogar Kaufneigung bemerkbar.

Am **Devisenmarkt** lag der Dollar gegen London mit 4,8811 eine Kleinigkeit fester. Brüssel war dagegen leicht abgeschwächt auf 34,97. Ebenso Madrid auf 92,40% und Kopenhagen nach der gestrigen Befestigung auf 18,21%. Die Mark lag international etwas schwächer. Sie wurde gegen Kabel mit 4,18,25 und gegen das Pfund mit 20,41,40 gehandelt.

Aus den deutschen Weinbaugebieten

Die Witterung war auch weiter der Arbeit in den Weinbergen günstig, der Schnitt der Reben konnte unter diesen Umständen in der besten Weise gefördert werden. Auch das Graben und Düngen, das ja bei dem lange Zeit hindurch nicht besonders förderlichen Wetter zum Teil im Rückstand geblieben ist, konnte in letzter Zeit rasch beigeht werden. Man darf mit dem Rebestand dadurch zufrieden sein, abgesehen von den ja immer üblichen Ausnahmen. Verschiedentlich fanden Verkäufe von Weinbergsland statt, wobei recht gute Preise erlöst wurden. Das allgemeine Weingeschäft ist naturgemäß durch die nunmehr täglich stattfindenden Weinversteigerungen schon beeinflusst worden, trotzdem kommen aber immer Abschlüsse zustande.

In **Rhein Hessen** brachte das Stück (1200 Liter) 1927 im Hinterland des Kreises Bingen 1300—1500, in der Appenheimer Gegend 1200—1300, im Seltale 1250—1400, im östlichen Teile der Provinz verschiedentlich 1200—1400 bis 1500 M. In Gensingen wurden rund 30 Stück 1927er, ferner in Biebsheim und Welgesheim des gleichen Jahrgangs, zu Preisen von 1250—1300 M. das Stück abgesetzt. In der Rheinpfalz ist es geschäftlich auch etwas ruhiger geworden. An der mittleren Haardt brachten die 1000 Liter 1927er in Dürkheim 1500—1650, 1926er 1750—2000, in Gimmeldingen 1600—1700 M., die Flasche 1925er in Wachenheim 2,40—4,00, Boppertsberg 2,80—9,00, Dürkheim 2,50—7,50, Fort 3,00—10,00, Deidesheim 3,20—12,00 M. In Königsbach kosteten die 1000 Liter 1927er 1600—1900 M., in Dörrenbach, Rechtenbach, Schweigen und Umgebung 800 M. verbesserte, 900 M. naturreine Gewächse. In Asselheim brachte das Fuder 1927er naturreiner Rotwein 7,00 Mark. An Ober- und Unterhaardt war der Geschäftsgang ruhig. An der Nahe kamen Abschlüsse in 1927er zu Preisen bis 1500 M. das Stück zustande.

Am **Mittelrhein** brachte das Fuder 1927er in der Gegend von Bacharach 1400—1500. Wein älterer Jahrgänge 1500 M. und mehr. Im Rheingau war kein Geschäft, es wurde nicht von Belang verkauft. Am Mosel, Saar und Ruwer war die Nachfrage recht belangreich. Verschiedentlich kamen auch recht schöne Verkäufe zustande. Dabei wurden für das Fuder (900 Liter) 1927er 1200—1300 M. und darüber erzielt. Ältere Gewächse wurden zu Bewertungen bis 1700, 1800 M. und darüber abgegeben. An der Ahr kamen Abschlüsse in Rotweinen zu 1300—1500—1800 M. das Fuder zuwege. In Baden brachten die 100 Liter 1927er und 1926er Wein 140—100 bis 180 M., während in Franken die 100 Liter 1927er sich auf 130—150—170 M. stellten.

Gute Beschäftigung bei Zell-Ikon. In der Generalversammlung der Zell-Ikon A.-G., in der 9.882.300 R.-M. des Aktienkapitals vertreten waren und in der die Anträge der Verwaltung genehmigt wurden, machte Prof. Goldberg nähere Mitteilungen über das Geschäft im Jahre 1927/28. Die Umsatztätigkeit hat sich erfreulich erweitert, man

müsse aber darauf verweisen, daß das Geschäft der Aktiengesellschaft vorzugsweise ein Saisongeschäft sei. Die Belegschaft konnte durch den Winter hindurchgehalten werden, wodurch sich allerdings die Läger in allen Abteilungen vergrößert hätten, was neben der allerorts jetzt verlangten Zahlungweise zu einer starken Anspannung der Betriebsmittel geführt hätte, die auch noch einige Zeit andauern wird. Die Fusionsverträge mit der A.-G. Hahn für Optik und Mechanik und der Goetz G. m. b. H., Berlin, sowie die Kapitalerhöhung wurden genehmigt.

Bergmann-Elektrizitätswerke A.-G., Berlin. — 9 Proz. Dividende. Der Bruttogewinn für 1927 betrug 11.127.600 (i. V. 7.477.145) R.-M. Nach Abzug von 4.655.473 (i. V. 2.318.585) R.-M. für Steuern und 1.524.206 (i. V. 1.081.363) R.-M. für soziale Abgaben sowie von Abschreibungen auf Maschinen, Gebäude usw. von 987.333 (823.703) R.-M. verbleibt ein Reingewinn von 4.476.518 (3.155.599) R.-M. Der auf den 27. April einzubrufenden o. Hauptversammlung soll vorgeschlagen werden, eine Dividende von 9 (8) Proz. auf das nunmehr auf 44 Mill. R.-M. erhöhte Aktienkapital (33 Mill. R.-M.) zu verteilen. Auf neue Rechnung verbleibt ein Vortrag von 516.518 (515.599) R.-M.

Heymer & Pilz A.-G., Meuselwitz. — 4 Proz. (0 Proz.) Dividende. Aus einem Reingewinn von 27.468 R.-M. (1926) werden 4 Proz. Dividende (0) zur Verteilung vorgeschlagen. Laut Bericht ist eine Besserung der Verhältnisse eingetreten, doch entspricht der Gewinn nicht den Erwartungen. Wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Maschinen- und Metallindustrie, die im allgemeinen nicht als günstig anzusprechen sind, sich nicht noch verschlechtern, hofft die Gesellschaft für das laufende Jahr ein angemessenes Erträgnis vorlegen zu können. Außenstände 0,307 (0,225), Vorräte 0,606 (0,348). Passiva: Aktienkapital 0,6 (0,6), Verbindl. 0,428 (0,354) Mill. R.-M.

Verkauf des Zinkbesitzes der Grafen Henckel. Am 29. März sind in Beuthen und Kattowitz die Verträge zwischen der „Henckel von Donnermarck-Beuthen Estates Limited“ einerseits und der S. A. G. Lipine sowie der Schlesischen Bergwerks- und Hütten-A.-G. andererseits, notariell abgeschlossen worden. Durch die Verträge erwirbt die S. A. G. Lipine den bisherigen Graflich Henckel'schen Besitz an Zinkhütten und Zinkbergwerken in Ostoberschlesien, während in Westoberschlesien in der Hauptsache der Kuxenbesitz von 75 Proz. der Gewerkschaft auf Neuhoß und angrenzende Zinkfelder in den Besitz der „Schlesag“ übergehen. In einem dritten Verträge, dessen endgültiger Abschluß noch aussteht, wird die Uebertragung einer Anzahl westoberschlesischer Erzfelder aus dem Besitz der Grafen Henckel an die Bergwerksgesellschaft Georg von Giesche's Erben, Breslau, erfolgen. Weiterhin soll auch zwischen der Schlesag und Giesche noch ein Vertrag geschlossen werden, durch den Giesche von der Schlesag Erzfelder im Landkreis Beuthen erwirbt, um dadurch den von Henckel erworbenen Felderbesitz abzurunden.